

FÖS-NEWS 48 – JULI 2009

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCH-SOZIALEN FINANZREFORM

GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Chefredakteur und Vorsitzender: Dr. Anselm Görres

FÖS-Vorstand: Kai Schlegelmilch, Florian Prange, Dörte Fouquet, Bettina Meyer, Martin Weiß

FÖS-Team: Damian Ludewig, Sebastian Schmidt, Ricarda Wasielewski

Seestr. 116 D-13353 Berlin www.foes.de und www.eco-tax.info

Fon +49-30-510530-80 Fax +49-03-510530-79 e-Mail: foes@foes.de

Fanden Sie diese Ausgabe nützlich? Wollen Sie helfen, dass wir derartige Informationen weiterhin zur Verfügung stellen? Dann unterstützen Sie uns bitte durch eine Spende! Unser Spendenkonto:

**GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.
ISSN 1867-0776**

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG.....	2
2.	FÖS IN DEN MEDIEN	3
3.	UMWELTPOLITIK IN DER WIRTSCHAFTSKRISE.....	6
4.	ÖFR DEUTSCHLAND	10
5.	ÖFR INTERNATIONAL.....	13
6.	ATOMENERGIE	16
7.	KLIMASCHUTZ	18
8.	UMWELTPOLITIK.....	21
9.	LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN	22
10.	TERMINE	24
11.	FREIE STELLEN	24

1. EINFÜHRUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung hat die Chancen zusätzlicher Staatsausgaben für die Ökologisierung des Wirtschaftens nur unzureichend genutzt. Nach einer Studie des FÖS im Auftrag des WWF können gerade einmal 13 Prozent der Konjunkturpakete I und II als nachhaltig bezeichnet werden. (siehe Kapitel 2 und 3). Weitere Ausgabenpakete stoßen an die Grenzen der finanziellen Machbarkeit. Bereits die ersten beiden Konjunkturpaketen haben eine erhebliche zusätzliche Staatsverschuldung zur Folge: Ohne die Bürgschaften von 600 Milliarden Euro zu berücksichtigen muss der Staat bereits ca. 90 Milliarden Euro für die Konjunkturpakete ausgeben – bei prognostizierten konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen von 45 Milliarden Euro für 2009. Also muss nun zumindest die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit und stärkerer ökologischer Anreize genutzt werden. Wir brauchen Steuern, die helfen Probleme zu lösen, und nicht Steuern, die Probleme verschärfen oder schaffen.

Zumindest bei Journalisten scheint sich diese Erkenntnis mehr und mehr durchzusetzen (siehe Kapitel 2 und 4). Hoffen wir, dass wir auch die Politik mit dieser Botschaft erreichen – zwei Monate Zeit bleiben uns ja noch bis zu Bundestagswahl und anschließenden Koalitionsverhandlungen. Neben Pressearbeit wollen wir im Oktober eine Konferenz und ein parlamentarisches Frühstück durchführen, um so weitere Impulse zu geben.

Unsere letzte Konferenz am 29. Mai 2009 zum Thema „Die Krise mit Staatsausgaben lösen? – Der Beitrag marktwirtschaftlicher Umweltpolitik“ ist äußerst erfolgreich verlaufen. Neben informativen Workshops zu ökonomischen Instrumenten in den Bereichen Verkehr, Boden, Wirtschaft und Wärme gab es spannende Debatten mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden. Wie brandaktuell das Thema der Tagung war, zeigte ein Artikel in der Berliner Zeitung des Tages, in dem Prof. Zimmermann, Präsident des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25% zur Finanzierung der Ausgaben forderte. Dem stellte das FÖS eine al-

ternative Finanzierung über Ökosteuern gegenüber. Im Anschluss an die Veranstaltung wurde der diesjährige Adam-Smith-Preis an Jos Delbeke, stellvertretender Direktor der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission und „Vater des europäischen Emissionshandels“, vergeben. Am Folgetag der Konferenz fand die FÖS-Mitgliederversammlung statt, auf der unter anderem neue Vorstandsmitglieder gewählt wurden. Edgar Endrukaitis und Johannes Lackmann standen leider aus Zeitgründen nicht mehr zur Verfügung. Wir freuen uns daher sehr, dass wir mit Dr. Dörte Fouquet und Martin Weiß zwei neue kompetente Mitglieder im FÖS-Vorstand willkommen heißen können.

Dörte Fouquet ist Rechtsanwältin mit Sitz in Brüssel und spezialisiert auf europäisches Energie- und Umweltrecht. Martin Weiß ist Diplom-Politologe und arbeitet als Referent der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission im Bereich internationale Klima-Verhandlungen.

Auch in der Geschäftsstelle gibt es erfreuliche personelle Änderungen: Wir konnten mit Swantje Kuchler eine zusätzliche Mitstreiterin gewinnen, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin insbesondere eine öffentliche Erklärung von Wirtschaftswissenschaftlern gegen den Neubau von Kohlekraftwerken koordinieren wird. Swantje Kuchler hat in Osnabrück und Poitiers European Studies studiert und bei der GWS Osnabrück bereits Erfahrungen im Bereich marktwirtschaftlicher Umweltinstrumente sammeln können.

Kurzentschlossen sei ein Hinweis auf unsere nächste Konferenz nicht vorenthalten: Am kommenden Freitag, den 17. Juli 2009, findet die Jahrestagung von „Green Budget Europe“ im Kings College in London statt. Titel und Thema der Konferenz ist auch hier „Environmental Policy in Times of Financial Crisis“.

Weitere Informationen zu den erwähnten und weiteren Aktivitäten können Sie wie immer unserer Website unter <http://www.foes.de/> entnehmen. Sie ist in den letzten Monaten komplett neu gestaltet worden, sodass sich ein Besuch besonders lohnt.

Nun erstmal viel Spaß und Erkenntnisgewinn beim Lesen unserer 48. Ausgabe der FÖS-News.

Ihr FÖS-Redaktionsteam

2. FÖS IN DEN MEDIEN

„Die Ökosteuer hilft“

[Interview mit Damian Ludewig, taz, 25.06.2009]
Taz: Herr Ludewig, Sie meinen, im Kampf gegen die Riesenlöcher im Bundeshaushalt hilft nur eine neue Ökosteuer. Wie teuer soll Energie werden?
Damian Ludewig: Finanzminister Peer Steinbrück könnte schon 34 Milliarden Euro im Jahr einnehmen, wenn er umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen streichen würde. Es geht nicht einfach um höhere Spritpreise, sondern um einen radikalen Umbau des Steuersystems.

Was heißt das genau?

Könnten Firmen ihre Dienstwagen nicht mehr komplett von der Steuer absetzen, kämen knapp vier Milliarden Euro im Jahr zusammen. Der Wegfall der Pendlerpauschale brächte rund fünf Milliarden Euro, die Besteuerung von Kernbrennstoffstäben 1,6 Milliarden Euro. Da gibt es viele Posten.

Und die Steuer für Heizöl, Sprit, Strom muss gar nicht steigen?

Doch, die Heizölsteuer könnte um 2 Cent pro Liter angehoben werden. Dann wären wir im EU-Vergleich immer noch im unteren Mittelfeld.

Sie wollen auch ärmere Haushalte belasten?

Jede Steuererhöhung ist erst mal eine Belastung. Die Alternative - Sozialausgaben kürzen - wäre aber noch ungerechter. Die Frage ist doch, ob ich Steuern mache, die sinnvolle Anreize geben. Und derzeit finanziert sich der Staat zu gut zwei Dritteln dadurch, dass er Arbeit belastet, die er doch eigentlich fördern will. Der Umwelt- und Energieverbrauch trägt zu weniger als zehn Prozent zur Abgabenlast bei.

Andere denken an eine höhere Mehrwert- oder Vermögensteuer.

Bei einer Mehrwertsteuer wird jedes Produkt, das man kauft, teurer. Sie können nicht ausweichen. Bei Umweltsteuern schon - indem Sie z. B. Energie sparen. So gibt es Anreize, Gebäude zu sanieren. Da profitieren dann Handwerksbetriebe statt Ölscheichs. Eine Vermögensteuer sollte aber ruhig dazukommen. Auch sozial ausgerichtete Steuern sind intelligente Steuern.

Wir haben schon eine Ökosteuer seit zehn Jahren - wie gut hat sie sich bisher ausgezahlt?

Die Ökosteuern auf Strom, Mineral- und Heizöl bringen im Jahr rund 20 Milliarden Euro ein. Die Lohnnebenkosten wären ohne sie 1,7 Prozent höher, denn das Geld geht überwiegend in die Rentenkasse. Zugleich ist der Spritverbrauch nach Einführung der Ökosteuer erstmals gesunken in Deutschland.

Warum redet heute kaum noch ein Politiker von ihr?

CDU und FDP wetterten früher mit der Bild und dem ADAC wider besseres Wissen, die Ökosteuer treibe die Wirtschaft und das Volk ins Verderben. Autofabriken und Jobs seien in Gefahr. Das bewahrheitet sich nicht - im Gegenteil: Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wurden bis zu 250.000 neue Jobs geschaffen. Aber das Thema ist verbrannt.

Wie realistisch ist die Weiterentwicklung der Ökosteuer?

Irgendwo muss das Geld ja herkommen. Vor der Wahl ist jede Steuererhöhung unrealistisch, nach der Wahl ist jede ziemlich realistisch.

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/die-oekosteuer-hilft/>

Umweltnutzen Fehlanzeige

[Frankfurter Rundschau, Berlin, 18.06.2009] Die beiden von der Bundesregierung geschnürten Konjunkturpakete sind nach Kriterien des Umwelt- und Ressourcenschutzes nahezu untauglich. Dieses Fazit zieht eine im Auftrag des WWF erarbeitete Studie des Forums für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Gerade 13 Prozent aller seit Herbst 2008 von der Koalition beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Wirtschafts- und Finanzkrise könnten als nachhaltig, sprich: als ökologisch und sozial verantwortlich sowie wirtschaftlich erfolgreich, bezeichnet werden. „Positive Effekte“ in diesem Sinne hätten allenfalls sechs von insgesamt 32 Projekten.

Als „Etikettenschwindel“ kritisierte WWF-Geschäftsführer Eberhard Brandes die Abwrackprämie, für die sich SPD-Vize Frank-Walter Steinmeier bis heute feiern lässt. Die „irreführend Umweltprämie“ genannte Maßnahme sei eine reine Absatzförderung für Pkw; ihr fehlten Anreize,

einen Strukturwandel hin zu mehr Klimafreundlichkeit einzuleiten. Auch bei der Kreditvergabe, die fast die Hälfte der beiden zusammen rund 107 Milliarden Euro schweren Pakete ausmacht, fehlt dem WWF die Steuerungsfunktion. Sinnvolle Investitionen, etwa in die energetische Gebäudesanierung, kämen mit einem Anteil von elf Prozent viel zu kurz.

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/spezial_staatshilfen/spezial_staatshilfen/?em_cnt=1801012&

Konjunkturprogramm

Keynes ganz in Grün

[Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 29.05.2009] Umwelt- und Finanzexperten fordern für Deutschland ein weiteres, stärker ökologisch ausgerichtetes Konjunkturprogramm. Zur Finanzierung schlagen sie eine Renaissance der Ökosteuer vor.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat die Krisen-Konjunkturprogramme der Industrie- und Schwellenländer bewertet. Es geht dabei um rund drei Billionen Euro, das historisch größte globale Ausgabenprogramm. Fazit: „Umwelt-Vorreiter“ Deutschland liegt mit einem grünen Anteil von 13 Prozent weit hinten, während es bei den USA 16 Prozent, beim Schwellenland Südkorea gar 70 Prozent sind.

Der FÖS-Vorsitzende Anselm Görres, ein Unternehmer aus München, folgert daraus: „Die Bürger dürfen erwarten, dass die Belastung des Weltklimas durch die Investitionen gesenkt und nicht erhöht wird.“ Ein neues Konjunkturprogramm von 50 Milliarden Euro müsse gezielt erneuerbare Energien, Energiesparen und umweltverträglichen Verkehr ausbauen.

Görres moniert, in den Konjunkturprogrammen eins und zwei - zusammen 107 Milliarden Euro - gebe es nur wenige ökologisch durchweg positive Investitionen, wie die Aufstockung der Mittel für die Wärmedämmung. „Am mutlosesten fiel der Verkehrsteil aus“, klagt Görres. Die Öko-Reform der Kfz-Steuer bringe kaum etwas, zu wenig Geld fließe in den Ausbau von Bahn und Bus.

Die Abwrackprämie bewertet der Verband als „keynesianisch stark, aber ökologisch schwach“.

Sie habe die Autobranche stabilisiert und finanziere sich durch die anfallende Mehrwertsteuer teils selbst. Doch nicht die Zerstörung fahrtüchtiger Pkw, sondern der Umstieg auf Neuwagen mit niedrigerem CO₂-Ausstoß sei zu fördern. Görres schlägt vor, die Prämie im Herbst erneut zu verlängern. Auch Besitzer von Altfahrzeugen, die jünger als neun Jahre sind, sollten beim Neukauf eine Prämie von 1500 Euro erhalten, „wenn das neue Auto 25 Prozent weniger CO₂ ausstößt als das alte“. Eine Obergrenze soll deutlich unter 200 Gramm pro Kilometer liegen. „Ein Umsteigen vom Porsche Cayenne Turbo (358 Gramm) auf einen Cayenne Diesel (244 Gramm) darf nicht gefördert werden.“

Ein „grüner Keynesianismus“ müsse auch „grüner“ finanziert werden - durch höhere Steuern auf Energie- und Umweltverbrauch. Alle anderen Möglichkeiten, wie der Staat die Verschuldung wieder abbauen könne, hätten gravierende Folgen. Görres: „Eine Mega-Inflation oder eine Währungsreform erzeugen schwere soziale Verwerfungen. Höhere Mehrwert-, Firmen- oder Einkommensteuern wiederum schaden der Konjunktur.“ Allmählich ansteigende Umweltsteuern seien der intelligente Ausweg. Bislang stammen in Deutschland laut FÖS nicht einmal zehn Prozent des Gesamtabgabenaufkommens aus der Besteuerung von Umwelt- und Ressourcen (etwa Mineralölsteuer), zwei Drittel aber aus der Belastung des Faktors Arbeit.

Vorteile einer Ökosteuer-Lösung sind für Görres, dass sie Bürger und Unternehmen zum sparsamen Umgang mit Energie anregt, klimafreundliche Technologien fördert und zukunftsichere Arbeitsplätze entstehen lässt. „Je teurer Energie wird, desto mehr rechnen sich volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen auch für Haushalte und Unternehmen.“ Zudem: Wer auf ein sparsames Auto umsteigt, senke seine Steuerlast.

Konkret schlägt der FÖS-Chef vor, die Kfz-Steuer für klimaschädliche Fahrzeuge deutlich anzuheben und auch die Dienstwagen-Besteuerung nach der Klimabelastung zu staffeln. Zudem sei die Dieselsteuer in drei Schritten an die von Benzin anzugleichen; sie liegt derzeit 18 Cent pro Liter niedriger. „Damit ließen sich grüne Konjunkturprogramme, aber auch die Steuerfreiheit der Krankenversicherungsbeiträge teilweise gegenfinanzieren“, regt Görres an.

http://www.fr-onli-ne.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/1776482_Keynes-ganz-in-Gruen.html

Der Verkehr braucht andere Signale

[Dr. Anselm Görres, *Süddeutsche Zeitung*, 07.04.2009] Die EU will 500 Milliarden Euro ausgeben, die USA 800 Milliarden Dollar. Weltweit sind Konjunkturimpulse von 2-3 Trillionen Euro zu erwarten. Mehr Geld wurde nie ausgegeben. Da dürfen Bürger und Steuerzahler schon erwarten, dass Krisen- und Klimaschäden nicht vermehrt werden. Sozial-ökologisch kluge Konjunkturpolitik muss Bedingungen erfüllen: Sie muss Jobs sichern, Arme schützen und der Umwelt nützen.

Das deutsche Konjunkturpaket II umfasst rund 50 Milliarden. Das Drittel für Bildung und Infrastruktur scheint gut investiert. Fragwürdiger wirkt das Fünftel zur finanziellen Entlastung der Bürger. Steuersenkungen sind gut für Wahlen, aber letztlich bedingungslos verschenktes Geld. Von ihnen profitieren vorrangig Gut- und Besserverdiener. Die ärmere Hälfte zahlt kaum Steuern. Wer heute noch Einkommensteuer zahlt, soll froh sein und braucht keine Hilfe. Die Linke zieht Entlastungen bei Sozialbeiträgen und Transfers vor. Dank solcher Elemente trägt der Entlastungsteil des Pakets eine soziale Handschrift. Doch Umweltimpulse sind von ihm kaum zu erwarten.

Mit am mutlosesten fiel der Verkehrsteil des Pakets aus. Die Reform der Kfz-Steuer blieb bescheiden. Nur die „Umweltprämie“ wies in die richtige Richtung – bloß nicht weit genug. Die absurden Dienstwagenprivilegien blieben unangestastet. Ein konsequentes Paket aus Kaufprämien und Kfz-Steuerreform sähe anders aus: Es müsste CO₂-basierte Umstiegsprämien für alle Neukäufer bieten, den Mut zur umfassenden Neugestaltung der Kfz-Steuer haben und höhere Kosten durch ökofiskalische Erträge gegenfinanzieren.

Trotz Schwächen ist die Abwrackprämie ein Erfolg. Mit nur 1,5 Milliarden generiert sie dringend nötigen Mehrabsatz von bis 600.000 Fahrzeugen. Schade nur, dass man sie unverbessert verlängert! Nicht durch Mut der Regierung (die lediglich Euro IV verlangt, das erfüllt auch ein Porsche), sondern durch Klugheit der Regierten wirkt sie tat-

sächlich als Umweltprämie. Zumeist werden kleine, effiziente Autos gekauft. Abgesehen von anderswo oder später entfallenden Käufen finanziert sich die Umweltprämie über die Mehrwertsteuern der meist privaten Käufer fast selbst. Ein kleiner Anreiz erzeugt große Ausgaben – wer wüsste bessere Multiplikatoreffekte?

Trotzdem steht der Branche das Wasser bis zum Hals – auch weil sie unser Land zur Schmiede fetter Premium-Kfz gemacht hat. Als Autostandort hat Deutschland nur Zukunft, wenn wir hier auch Zukunftsaautos bauen. Dafür müssen wir allen Käufern den Umstieg auf kleinere Kfz schmackhaft machen. Nicht nur den Besitzern über 9-jähriger Autos, sondern auch den ökonomisch Potenten!

Etwa so: Für jeden Neuwagen mit mindestens 25 Prozent weniger CO₂ als beim Vorgänger gibt es 1500 Euro. Natürlich braucht es eine Obergrenze. Den Umstieg vom Ferrari 599 (490 Gramm CO₂/km) zum Maserati Quattroporte („nur“ 370 Gramm) muss niemand fördern. Aber zu niedrig darf sie nicht liegen: vielleicht bei 175 Gramm. Umweltschützern mag das hoch erscheinen; schon heute liegt die Hälfte aller Neuzulassungen unter 172 Gramm. Doch es geht um die Einmalchance, mit Hilfe sonst vielleicht anstößiger Impulse rasch den Umbau des deutschen Pkw-Fuhrparks einzuleiten. Die heutigen Neuwagen bilden den morgigen Bestand. Wir müssen die Menschen, die heute als Käufer schlimmster Klimaschleudern ein miserables Vorbild geben, zum Umstieg auf zivilere Autos bringen. Die Neureichen der Dritten Welt orientieren sich an Europa und Amerika. Es wird Zeit, dass auch Trendsetter umrüsten und vormachen, dass erfolgreiche Menschen keine Klimafresser fahren müssen. Wenn ein Vielfahrer vom BMW 745d mit 239g CO₂ auf einen 535d umsteigt (178g), bringt das für die Umwelt nicht wenig.

Die verlängerte Schrottprämie löst 1 bis 2 Millionen Käufe aus. Prämien für alle könnten weitere Millionen zum Umstieg bewegen. Sindelfingen wird nicht über Nacht zur Smartfabrik – aber man kann dort kompaktere und effizientere Autos bauen. Wer Umwelt und Wirtschaft zugleich helfen will, darf Segmentstrukturen der deutschen Autobauer nicht ignorieren. Auch BMW-Werker verdienen Schutz!

Eine Umstiegsprämie kann fünf bis sechs Milliarden Euros kosten, aber Zehntausende Jobs sichern. Einen zur Gegenfinanzierung könnte eine endlich konsequente Kfz-Steuer-Reform mit höheren Sätzen für Klimakiller beitragen. Was musste die arme kleine Steuer mit Aufkommen von nur 7 Milliarden (bei Pkws) nicht erdulden! Jahrelang versprach man der antiquierten, weil hubraumbasierten Steuer ihre Ökologisierung, verhiß ihr baldige Beförderung zur Bundessteuer. Pustekuchen! Stattdessen begann im November ihr Missbrauch als Minianreiz für Autokäufer. Dabei macht die Kfz-Steuer bei Pkws jährlich nur ein Prozent vom Neupreis aus. Über solche Nachlässe können Autokäufer angesichts heutiger Rabatte nur lachen.

Nun will man endlich auf CO₂-Basis umsteigen, aber nur halb. Der Hubraum steht weiter in den Listen und bleibt beim Diesel dominierend. Nur mit Mühe konnte eine Entlastung der schlimmsten Schleudern verhindert werden. Eine echte Reform dieser einzigen Typ-bezogene Steuer müsste viel strengere Anreize setzen und ehrgeizige Ziele signalisieren, nicht nur beim CO₂. Dafür muss sie zur Bundessteuer werden, zwischen Bonus und Malus viel stärker gespreizt, vom Hubraum vollständig auf Schadstoffbasis umgestellt und deutlich erhöht werden. Die Koalition subventioniert Lärmschutzwände – warum besteuert sie nicht lärmende Autos? CO₂ zu besteuern hat Priorität, aber warum nicht weitere Schadstoffe? Oder Gewicht und Grundfläche, um Straßen zu schonen und Park- und Verkehrsflächen zu sparen? Ideal wäre eine Punktecatalog aller steuerpflichtigen Übel, das kennen wir vom Bußgeld.

Mit der Hubraumbasis könnte auch das Dieselpri- vileg der Mineralölsteuer (18,5 Cents niedriger als Benzin!) entfallen. Ein Abbau dieser Sub-vention wäre angesichts tief gesunkener Diesel-preise zu- mutbar und würde die Lenkungseffekte von Umstiegsprämie und neuer Kfz-Steuer ver- stärken. Und warum kappen wir nicht die absurde Subventionierung angeblicher Dienstwagen? In Frankreich sind Dienstwagen nur bis 19.000, in Österreich nur bis 44.000 Euro steuerabsetzbar. Bei uns wurden 2007 von 517 Maseratis 384 als Dienstwagen zugelassen – für welche Dienste?

Statt solches Unsinn sollte der Staat den Umstieg der Bürger auf neue, umweltfreundlichere Autos fördern und dafür etwas höhere Kfz- und Diesel-

steuern verlangen. Ein derartiger Green Deal wür- de Jobs schaffen, den Armen nicht schaden und der Umwelt nützen.

<http://www.foes.de/pdf/2009-04%20Umbaupraemie-SZ.pdf>

3. UMWELTPOLITIK IN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Konjunkturpaketen fehlt die ökologische Ausrichtung

[FÖS, Berlin, 17.06.2009] Die FÖS-Studie im Auftrag des WWF ist die erste **umfassende Un- tersuchung**, die die beiden Konjunkturpakete de- tailliert auf deren nachhaltige und ökologische Wirkung überprüft.

Den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung fehlt fast jede nachhaltige und ökologische Aus- richtung. Anders als von der Bundesregierung mit Begriffen wie Umweltprämie suggeriert, liefern die Maßnahmen der beiden milliarden schweren Programme nur kurzfristige Einzelimpulse. **Nur sechs von 32 Maßnahmen haben positive öko- logische Effekte**. Bestenfalls 13 Prozent der Maßnahmen können als nachhaltig eingestuft werden. Einziger „grüner“ Schwerpunkt sind die Investitionen in energetische Sanierungen, die mit bis zu neun Milliarden Euro einen zu geringen Anteil am Gesamtvolumen von 107 Milliarden Euro haben ökologische Wirkung überprüft.

„Noch besteht die Chance, die aktuelle Krise für die notwendigen Weichenstellungen in Richtung nachhaltiger Wirtschaft zu nutzen“, so der Ge- schäftsführer des WWF Deutschlands Eberhard Brandes. „Dafür müssten die beiden Konjunktur- pakete in ein konsistentes Programm umge- wandelt werden, das die Kredite und Investitionen konsequent an Kriterien der Energieeffizienz und der energetischen Sanierung ausrichtet. Umwelt- technologien müssen gefördert und Steuererleich- terungen an Umweltkriterien gekoppelt werden.“

Link zur Studie:

http://www.foes.de/pdf/WWF_Konjunkturstudie_250609a.pdf

Größer als die Große Depression

[Ulrich Schäfer, *Süddeutsche Zeitung*, 24.06.2009] Wenn Barry Eichengreen und Kenneth O'Rourke auf ihre Kurven schauen, können sie den Optimismus, der gerade bei Bankern, Analysten und Politikern aufkeimt, nicht verstehen. Die Kurven zeigen, wie steil die Weltwirtschaft heute abstürzt - und wie steil vor acht Jahrzehnten. Und sie lassen nur einen Schluss zu: „Wir erleben derzeit eine Entwicklung, die genauso schlimm ist wie in der Großen Depression - oder sogar noch schlimmer.“

Und daran hat sich, seit Eichengreen und O'Rourke ihren Vergleich vor zwei Monaten erstmals publizierten, nichts verändert. Gerade haben sie ihre Kurven aktualisiert und unter dem Titel „A Tale of Two Depressions“ (Die Geschichte zweier Depressionen) erneut ins Internet gestellt. Und siehe da: Der jüngste Aufschwung an den Börsen und bei manchen Indikatoren schlägt sich in den Charts kaum nieder. Hier und da hat sich eine klitzekleine Veränderung ergeben. Aber insgesamt bleibe es bei der Erkenntnis, „dass die heutige Krise wenigstens genauso so schlimm ist wie damals“.

Es ist eine Botschaft, die nicht gern gehört wird und die manche bestreiten. Und natürlich gibt es zwischen der großen Rezession heute und der Großen Depression damals Unterschiede. Doch auch andere Ökonomen wie Paul Krugman meinen, dass die Welt „zumindest in einer halben Großen Depression steckt“.

Als Beginn der jetzigen Krise machen Eichengreen und O'Rourke den April 2008 aus, als die weltweite Industrieproduktion ihren Höchststand erreichte. Seither bricht die Industrie genauso schnell ein wie zu Beginn der Großen Depression. Der Blick auf Amerika „führt zu einem falschen Eindruck“, warnen Eichengreen und O'Rourke. Denn die Große Depression sei ein "globales Phänomen“ gewesen: „Auch wenn sie ihren Ursprung in gewisser Weise in den USA hatte, wurde sie international über den Welthandel, die Kapitalströme und die Rohstoffpreise beschleunigt.“ Deshalb sei es alarmierend, dass der Welthandel in den vergangenen Monaten schneller eingebrochen sei als vor acht Jahrzehnten. Und dieser Einbruch vollzieht sich, ohne dass die Staaten wie in der Großen Depression ihre Zölle erhöhen.

Auch die Aktienmärkte sind in den vergangenen 14 Monaten trotz der jüngsten Kurserholung stärker abgestürzt als zwischen dem Juni 1929 und dem August 1930. Etwa 40 Prozent des weltweiten Börsenwerts wurden bereits vernichtet. Vor acht Jahrzehnten endete der Crash an den Finanzmärkten erst nach drei Jahren. Bis zum 8. Juli 1932 verlor der amerikanische Leitindex Dow Jones 90 Prozent. Es dauerte danach ein Vierteljahrhundert, ehe er sein altes Niveau wieder erreicht hatte.

Eine gewisse Hoffnung

Damals wie heute ging dem Absturz eine Zeit der wilden Spekulation voraus. Jeder, der etwas Geld übrig hatte, versuchte vor acht Jahrzehnten sein Glück am Aktienmarkt, selbst Dienstmädchen, Friseure und Taxifahrer spekulierten.

Doch es gibt auch Unterschiede zu damals: So ist die Zahl der Arbeitslosen heute noch längst nicht so hoch wie damals. Auf dem Höhepunkt der Großen Depression standen 30 Prozent der Deutschen auf der Straße, in den USA waren 25 Prozent ohne Job und in Großbritannien 22 Prozent. In Deutschland sind derzeit 3,46 Millionen Menschen arbeitslos, das entspricht einer Quote von 8,2 Prozent. Ein Anstieg auf 30 Prozent würde einhergehen mit 13 Millionen Jobsuchenden.

Die große Frage sei, schreiben Eichengreen und O'Rourke, ob dies alles wirkt. Die beiden Ökonomen werden ihre Studie deshalb weiter aktualisieren. Spätestens im April 2011 werden sie wissen, welche Krise schlimmer war. Dann wäre die jetzige Rezession drei Jahre alt. So lange dauerte auch der Absturz während der Großen Depression.

<http://www.sueddeutsche.de/finanzen/611/473129/text/>

Der Super-Retter kommt nie

[Tom Adler, *Die Wochenzeitung*, 11.06.2009] „Eine Region steht auf!“ hieß die Parole am 13. Mai, als rund 18000 Personen in der Region Stuttgart gegen Lohnabbau und Entlassungen in den Autowerken von Daimler demonstrierten. Am Daimler-Konzernsitz in Stuttgart-Untertürkheim waren nur 3000 vor das Werkstor gekommen. Dabei arbeiten über 20000 Personen in diesem Werk - keine überzeugende Machtdemonstration.

Warum ist das so? Müsste die Krisensituation im Autobau nicht wenigstens die Daimler-Angestellten in Massen vors Tor treiben? Greifen die Parolen nicht genau deren Gefühlslage und Bedürfnisse auf? Das tun sie zwar. Aber der Kontrast der Parolen zur tatsächlichen Politik der Daimler-Betriebsratsspitzen ist so krass, dass die besten Parolen ihre Wirkung verfehlen. Denn die Gewerkschaft IG Metall und die Betriebsratsspitzen, die eigentlich die Interessen der Angestellten vertreten sollten, unterschätzen nach wie vor die Bedeutung der Glaubwürdigkeit. So verwendete Helmut Lense, der Vorsitzende des Untertürkheimer Daimler-Betriebsrats, den Großteil seiner Redezeit an der Kundgebung dafür, die Vereinbarung zur Arbeitskostensenkung zu rechtfertigen, die wenige Tage vorher mit dem Vorstand abgeschlossen worden war. Diese verordnet der Belegschaft einen Lohnverzicht in Höhe von zwei Milliarden Euro. Genau dagegen aber sollte die Region eigentlich am Werkstor demonstrieren.

Gerade weil die Autounternehmen selbst die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen auf die Tagesordnung setzen, müssen gewerkschaftliche Konzepte ein Umsteuern weg vom dominierenden Individualverkehr mitdenken. Denn schrumpfen wird die Branche sowieso. Und etliche Beispiele belegen, dass Arbeitsplätze in gesellschaftlich nützlichen Bereichen eine Schrumpfung der Autobranche auffangen können, wenn politische entsprechende Prioritäten gesetzt werden. Denn die Investitionen für einen Arbeitsplatz sind im Autobau viel höher als im sozialen Bereich. Würden beispielsweise Klassen- und Gruppengrößen in Deutschland auf zwanzig Kinder in Schule und Kindergarten festgelegt, entstünde ein Mehrbedarf von rund 700000 Erzieherinnen und Lehrern.

Arbeit sichern

Ein Umbau der Produktion in der Autoindustrie hin zu sozial- und umweltverträglichen Produkten kann nur dann eine Chance haben, wenn damit eine Perspektive verbunden ist, die Arbeit und Einkommen sichert. Und das Problem ist einfacher zu lösen, als oft behauptet wird. Das Totschlagargument der Auto- und Erdöllobby und der wahlkämpfenden SPD-KandidatInnen ist falsch: Es hängt eben nicht jeder siebte Arbeitsplatz von der Autoindustrie ab. Der Verband der Autoindustrie verankerte dies erfolgreich in fast allen Köpfen - mit einem Rechenrick. Ohne Trickserei hat das

Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung im Jahr 2000 errechnet, dass tatsächlich nur jeder zwanzigste Arbeitsplatz autoabhängig ist.

Gesamter Artikel:

<http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2009/nr24/Wirtschaft/18002.html>

Gibt's nicht geht nicht

Der Mensch hielt die Finanzkrise für so wahrscheinlich wie einen schwarzen Schwan - und die Klimakrise verdrängt er ebenso.

[Kommentar von Joschka Fischer in der Süddeutschen Zeitung vom 11.05.2009] Wer an einem See sitzt und das Wasser betrachtet, der rechnet womöglich mit vielem, aber sicher nicht mit dem Vorbeiziehen eines schwarzen Schwans. So verhält es sich auch mit der aktuellen Krise: Wenn der schwarze Schwan das Symbol für das völlig Unerwartete ist, für das Unmögliche, das aber dann doch eintritt und das Weltbild oder gar die Welt auf den Kopf stellt - dann wird es in diesem Jahr reichlich Anlässe geben, schwarzer Schwäne zu gedenken und sich auf die Ankunft weiterer vorzubereiten.

So wird sich im November zum zwanzigsten Mal der Fall der Berliner Mauer jähren. Nach dem Verschwinden der Sowjetunion und der bipolaren Weltordnung dominierte der damals siegreiche westliche Kapitalismus, angeführt von der alleinigen Weltmacht USA, unangefochten die globale Politik und noch mehr die globale Wirtschaft.

Die weltweite Durchsetzung des Marktprinzips, neue Dimensionen des Reichtums schienen Wirklichkeit zu werden, und nichts und niemand vermochte den globalen Siegeszug des westlichen Kapitalismus aufzuhalten - bis zu jenem 15. September 2008, dem Tag, an dem Lehman Brothers pleite ging und die Kernschmelze des Weltfinanzsystems begann.

Es gehört wohl zum menschlichen Wesen, die Möglichkeiten großer Krisen zu verdrängen oder wenigstens zu verharmlosen. „Kann nicht sein“ oder „Wird schon nicht so schlimm werden“, so lauten jene beiden magischen Formeln, auf die wir uns in solchen Fällen zu verlassen pflegen. Dabei kann den nächsten schwarzen Schwan bereits heute jeder sehen! Aber der Mensch ignoriert ihn,

mag nicht glauben, dass sich auch dieser Schwan wirklich nähert. Dabei gäbe es einen Ausweg. Man müsste nur die Antworten auf die Weltwirtschaftskrise und die Weltklimakrise miteinander verknüpfen. Denn die Antworten dazu sind bereits bekannt, Geld und Kapital sind vorhanden - und ebenso die Technologien (zumindest können sie entwickelt werden). Es mangelt nur an strategischer Weitsicht und entschlossenem Handeln der wichtigsten politischen Akteure. Gegenwärtig wird viel über ökonomische Rettungspakete in der Größenordnung von Hunderten von Milliarden Dollar, Euro, Yen oder Yuan geredet. Dabei wird zu Recht auf die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 verwiesen.

Es ist selbstverständlich, dass die Weltgemeinschaft heute ein anderes wirtschaftliches Megaprojekt braucht als Krieg. Sie sollte auf den Kampf gegen die Klimakrise setzen, denn die Globalisierung wird weitergehen - die Gefahr einer Überlastung des Weltklimas wird daher sehr schnell real werden.

Im Jahr 1929 lebten etwas mehr als zwei Milliarden Menschen auf unserem Globus, heute sind es 6,7 Milliarden, im Jahr 2050 werden es neun Milliarden sein. Und alle werden, dank Globalisierung und neuer Kommunikationstechnologien, mehr oder weniger denselben Lebensstandard anstreben, was zu einer Überforderung des Ökosystems Erde führen muss. China verfügt bereits heute über das ambitionierteste Ausbauprogramm für Atomenergie und baut dennoch jedes Jahr Kohlekraftwerke, die ungefähr so viel Strom erzeugen wie ganz Großbritannien - wohlgemerkt: Jahr für Jahr! Kohle oder Atom? Das ist eine Frage von gestern, denn ohne einen Durchbruch bei den erneuerbaren Energien wird der Energiebedarf der Welt nicht verantwortbar zu decken sein, von der Gefahr eines neuen Tschernobyls ganz zu schweigen.

Ein wirksamer Kampf gegen die Klimakrise setzt daher nichts Geringeres als eine grüne Revolution der Weltwirtschaft voraus. Dies muss das Megaprojekt des 21. Jahrhunderts sein.

Dabei wird es nicht nur, aber auch um sehr viel Geld gehen - denn wer bezahlt die notwendigen Investitionen in den Schwellenländern? Dies werden nur die reichen Industrieländer in Europa, Amerika und Japan leisten können. Es wird aber

auch um Gesetze und Standards gehen, also um Ordnungspolitik und um neue Technologien, um neue Produkte und Märkte - mit anderen Worten: um neue ökonomische Chancen.

Im Dezember wird in Kopenhagen ein neues Klimaprotokoll verhandelt, welches das Kioto-Protokoll ablösen soll. Dies ist gewissermaßen die letzte Chance, die Ankunft des nächsten schwarzen Schwans zu verhindern. Allerdings gilt es zu begreifen, dass Kopenhagen auch die große Chance zum Neustart der Weltwirtschaft darstellt.

In der Gruppe der G 20 sind alle relevanten Mächte des 21. Jahrhunderts versammelt. Die Klimakonferenz von Kopenhagen wäre daher einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs wert, in der sie diesmal aber, anders als bei dem Gipfeltreffen vor wenigen Wochen in London, Nägel mit Köpfen machen sollten - für den Klimaschutz und damit für den Beginn des Megaprojekts des 21. Jahrhunderts.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/466/468034/te xt/>

Globaler Trend zur Neuwagenprämie **Überall abwracken**

[Raniah Salloum, taz, Berlin, 09.04.2009] USA, Italien, Frankreich: Vielen Autohersteller-Nationen haben Abwrack-Prämien eingeführt, um die Industrie zu stützen. Und fast überall wird grüner gefördert als in Deutschland. Die Autohersteller-Nationen wracken ab. Die meisten machen das viel grüner als Deutschland. Obama will die Spritschlucker von den Highways ziehen. Bei Berlusconi bekommt man auch sein stotterndes Motorrad los und in Spanien gibt es, neben dem Kredit fürs neue Auto, Geld für die alte Waschmaschine.

USA: US-Präsident Obama will der schwer angeschlagenen amerikanischen Autoindustrie helfen und gleichzeitig was fürs Klima tun. Debattiert werden zwei Entwürfe. Ein Vorschlag von Demokraten und Republikanern zusammen würde besonders der Umwelt helfen: Für Autos, die 13 Liter oder mehr brauchen, bekommt man einen Gutschein bis zu 4000 Dollar, wenn man sich dafür einen Wagen kauft, der ein Viertel weniger verbraucht als Modelle seiner Kategorie. Ein anderer Vorschlag fordert, dass das neue Auto in den USA zusammengesetzt werden und nicht unbedingt

spritsparam sein muss. Diesen Vorschlag unterstützt die Gewerkschaft.

Italien: Auch hier hat die Abwrackprämie einen Sturm auf die Autokaufhäuser ausgelöst - und auf die Motorradhändler. Wer sein altes Motorrad gegen ein umweltfreundlicheres tauscht, bekommt nämlich 500 Euro. Es gelten die gleichen Schadstoffbedingungen wie für Autos: Für die gibt es 1500 Euro, wenn Italiener ihre Dreckschleuder der Schadstoffklasse Euro 0, Euro 1 oder Euro 2 verschrotten und einen Neuwagen kaufen. Ist der Neuwagen gas-, elektro- oder wasserstoffbetrieben und verpufft weniger als 120 Gramm CO₂ pro Kilometer, gibt es noch einmal 2000 Euro zusätzlich.

Frankreich: Die Franzosen hatten die Abwrackprämie als erstes Land eingeführt. Seit 2008 gibt es 1000 Euro, wenn man sein mindestens zehn Jahre altes Auto verschrottet und ein neues kauft, das höchstens 160 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstößt. In Deutschland gibt es keine CO₂-Grenze. Die derzeit gültige Euro 4 Norm bezieht sich nur auf klassische Schadstoffe wie Stickoxide.

Spanien: In Spanien bekommt man einen zinslosen Kredit von 10 000 Euro für einen klimafreundlicheren Wagen zu kaufen. Dazu gibt es zwischen 50 und 125 Euro Prämie für das Abwracken eines Ofens, Kühlschranks, Gefriertruhe oder Waschmaschine, wenn dafür ein sparsameres Gerät gekauft wird.

<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/ueberall-abwracken/?type=98>

Auch die Vereinten Nationen schlagen ein globales Konjunkturprogramm vor

[Florian Rötzer, Telepolis, Haar, 20.03.2009] In einem Bericht der UN-Umweltbehörde für den G20-Gipfel werden 750 Milliarden Dollar für einen „Global Green New Deal“ gefordert. Auch die Vereinten Nationen denken nun über ein globales Konjunkturprogramm nach. Mit 750 Milliarden US-Dollar, so schlägt die UN-Umweltbehörde UNEP in einem Bericht zum G20-Gipfel vor, könne man den vorgestellten Global Green New Deal auf die Wege bringen. Der habe den Vorteil, Klimaschutz mit Wirtschaftshilfe, Schaffung von Arbeitsplätzen und Entwicklungshilfe bzw. Armutsbekämpfung zu verbinden.

UNEP-Chef Achim Steiner sagte, man müsse die Gelegenheit beim Schopf ergreifen, was die Regierungschefs am G20-Gipfel in London machen könnten. Wenn nur ein Prozent des globalen Brutto-sozialprodukts in den „Global Green New Deal“ investiert würden, dann könnten diese 750 Milliarden Dollar einen Aufschwung verheißen, wie dies beim New Deal von Roosevelt in den 30er Jahren der Fall gewesen sei. Das Geld sollte in energiesparende Gebäude, erneuerbare Energien, an Transportmöglichkeiten, nachhaltige Landwirtschaft und Umweltmaßnahmen wie den Schutz von Trinkwasser, Wäldern oder Korallenriffen gesteckt werden.

Um die Gelder einzutreiben, schlägt Steiner etwa vor, das Erdöl in den reichen OECD-Staaten mit einer Steuer zu belegen, mit der die Grundlagen für die grüne Wirtschaft gelegt werden könnten. Würde man fünf Jahre lang in den OECD-Ländern ein Barrel Öl (158 Liter) mit einer Steuer von fünf Dollar belegen, dann würde man pro Jahr 100 Milliarden Dollar einnehmen: „Das entspricht ungefähr drei Cents pro Liter. Das würde vom Konsumenten praktisch oder gar nicht bemerkt werden.“ Diese Besteuerung will er aber nur als Möglichkeit betrachtet wissen, es gäbe viele andere.

<http://www.heise.de/tp/blogs/8/134880>

4. ÖFR DEUTSCHLAND

Niedrige Agrardieselbesteuerung begrüßt

[Deutscher Bundestag, Berlin, 09.06.2009] Der Deutsche Bauernverband hat die von Union und SPD geplante Senkung der Mineralölsteuer auf Agrardiesel begrüßt. „Das ist wirklich gut angekommen bei den Bauern“, sagte der Generalsekretär der Organisation, Helmut Born am 27. Mai 2009 bei einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses. Dabei ging es um den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes.

Darin wird den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, den Selbstbehalt der Bauern bei der Rückerstattung der Energiesteuervergütung für die Landwirte in Höhe von 350 Euro pro Jahr zu übernehmen. Abgeordnete der Koalition bezeichne-

ten den Gesetzentwurf (16/12851) in der Anhörung als überholt, da die Koalitionsspitzen am 25. Mai bekannt gegeben hatten, dass für Agrardiesel in Zukunft generell der reduzierte Satz von 25,56 Cent je Liter gelten soll.

Nach Angaben des Bauernverbandes „ist die Not groß in den Betrieben“. Born erklärte, die deutschen Landwirte würden jeden Monat 800 Millionen Euro verlieren. Die Benachteiligung durch die im europäischen Vergleich sehr hohe deutsche Energiebesteuerung bezifferte Born auf 750 Millionen Euro pro Jahr.

Dagegen erklärte Kai Schlegelmilch vom FÖS, mit der klar umweltschädlichen Diesel-Subventionierung werde nur Vorschub geleistet, dass auch andere EU-Staaten ihre umweltschädlichen Subventionen erhöhen. Es solle offenbar sachfremd eine Entlastung der Milchbauern erreicht werden. Die bisherigen Ziele des Energiesteuergesetzes wie Umwelt- und Klimaschutz würden überhaupt nicht mehr erwähnt.

http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2009/24494592_kw22_finanzen3/index.html

Link zum Gesetzentwurf 16/12851:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/128/1612851.pdf>

Stellungnahme des FÖS zur öffentlichen Anhörung des Bundestags-Finanzausschuss zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes“:

http://www.bundestag.de/ausschuesse/a07/anhoeerungen/134/Stellungnahmen/07-F_S.pdf

„DIE RENAISSANCE DER KOHLE?“

[Manfred Lindinger, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.07.2009] Bei der Entwicklung neuer Konzepte für die Energieversorgung, Energiespeicherung und Energieumwandlung der Zukunft ist die Chemie mehr gefragt denn je. Der Chemienobelpreisträger von 2007, Gerhard Ertl, vertritt dazu eine eigene Vision. „Als saubere Energiequelle steht uns eigentlich nur die Sonne zur Verfügung“, sagt der ehemalige Direktor des Fritz-Haber-Instituts in Berlin am Rande der Nobelpreisträger-Tagung in Lindau. Er sieht in der Photovoltaik die derzeit einzige Möglichkeit, die Sonnenenergie effizient zu nutzen.

<http://www.faz.net/s/Rub2542FB5D98194DA3A1>

[F14B5B01EDB3FB/Doc~E6D46E6A6ED66498589FDF4302F35B6B6~ATpl~Ecommon~Scontent.html](http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2009/24494592_kw22_finanzen3/index.html)

Nein, immer diese Diesel aber auch!

Gründe für gesunkene umweltbezogene Steuern

[Richard Rother, *taz*, Berlin, 02.07.2009] Die ökologische Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung ist weitgehend verpufft. Im Jahr 2008 lag der Anteil der umweltbezogenen Steuern am Gesamtsteueraufkommen unter dem von 1998, dem Jahr vor der Reform. Allerdings ist das nicht unbedingt der Ökosteuer anzulasten. Die Gründe sind vielfältig: So erhöhte sich das Gesamtsteueraufkommen in den letzten Jahren wegen der guten Konjunktur und der Mehrwertsteuererhöhung stark, entsprechend sank der Anteil der Umweltsteuern. Zudem wechselten viele Autofahrer von Benzinern zu Dieselfahrzeugen, weil für Diesel weniger Mineralölsteuer je Liter zu zahlen ist. Die Leute fahren nicht weniger Auto, aber sie zahlen weniger Umweltsteuern dafür. Im vergangenen Jahr lag der **Anteil der Umweltsteuern** - Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer), Stromsteuer und Kfz-Steuer - mit 54,4 Milliarden Euro nur noch **bei 9,7 Prozent** des gesamten Steueraufkommens. 1998 lag dieser Anteil bei 9,8 Prozent; im Jahr 2003 waren es dagegen noch 12,9 Prozent. Seither ist dieser Anteil kontinuierlich gesunken. Insgesamt waren die Einnahmen aus den Umweltsteuern zwischen 2003 und 2008 rückläufig, sie verringerten sich um 4,7 Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die Gesamtsteuereinnahmen jedoch um 26,9 Prozent, wobei es im Jahr 2007, dem Jahr der Erhöhung der Mehrwertsteuer, den größten Sprung gab. Seit 2003 verringern sich die Einnahmen aus Umweltsteuern aber nicht nur relativ, sondern auch in absoluten Zahlen. Erzielte der Staat mit ihnen 2003 noch rund 57 Milliarden Euro, so waren es 2008 rund 54 Milliarden Euro (zum Vergleich: 1998 waren es 42 Milliarden). Dieser Rückgang beruht vor allem auf sinkenden Einnahmen aus der Mineralölsteuer, denn die Einnahmen aus der Kfz-Steuer stiegen im gleichen Zeitraum sogar, und die Einnahmen aus der Stromsteuer - 1999 von Rot-Grün eingeführt - sanken nur moderat. Eine Tendenz zum Stromsparen lässt sich daraus aber nicht herauslesen, zumal

in privaten Haushalten Spareffekte wie durch effiziente Kühlschränke durch höhere Verbräuche bei Fernsehern und Rechnern kompensiert werden. Das Sinken der Mineralölsteuereinnahmen führen die Statistiker vor allem auf eine Verschiebung des Absatzes von Benzin zum geringer besteuerten Diesel zurück. Während 2003 noch mehr Benzin als Diesel verkauft und versteuert wurde, wird inzwischen deutlich mehr Diesel verkauft. Zudem hat sich die Menge des in Deutschland versteuerten Kraftstoffs insgesamt reduziert, und zwar um 2,3 Prozent seit 2003. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass die Deutschen weniger Auto fahren: Sie haben sich sparsamere Autos oder Dieselfahrzeuge zugelegt oder auf Erdgas oder Autogas umgerüstet. Und wenn sie in Grenznähe wohnen, tanken sie oft im billigeren Ausland. Die steuerliche Bevorzugung von Diesel gegenüber Benzin - je Liter fallen beim Diesel 47 Cent, beim Benzin 65,5 Cent Mineralölsteuer an - soll nach Ansicht von Umweltschützern beendet werden. „Die Schere muss sich schrittweise schließen“, fordert etwa der Autoexperte des alternativen Verkehrsclubs Deutschland, Gerd Lottsiepen. Dies sei auch klimapolitisch geboten, denn Diesel emittiere je verbrauchten Liter 13 Prozent mehr Kohlendioxid. Allerdings sind Dieselfahrzeuge auch sparsamer. Die hohen Dieselpreise der vergangenen Monate – teilweise war Diesel fast so teuer wie Benzin - hatten nichts mit der Besteuerung zu tun, sondern gingen auf die Preispolitik der Ölkonzerne, die gestiegene Nachfrage und Kapazitätsengpässe der Raffinerien zurück. Dass Diesel dem Benzin steuerlich gleichgestellt wird, ist jedoch kaum zu erwarten. Gegen solche Pläne würde nicht nur das Speditionsgewerbe Sturm laufen, sondern vor allem die deutsche Autoindustrie. Denn diese hat technologisch voll auf die Entwicklung von Dieselmotoren gesetzt und wird diesen Vorsprung vor Wettbewerbern, die etwa die Entwicklung des Hybridantriebes forcierten, kaum aus der Hand geben wollen.

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2009%2F07%2F02%2Fa0098&cHash=cd0719c558>

Umwelt unter Preis versteuert

[Bernward Janzing, taz, Berlin, 02.07.2009] Der

Anteil der Umweltsteuern am gesamten Steueraufkommen sinkt seit Jahren. Man muss kein Ökofundi sein, um zu erkennen, dass diese Entwicklung nicht gut sein kann. Ein Blick zurück in die Zeiten eines Adam Smith. Von den Produktionsfaktoren Arbeitskraft, Kapital und Natur - Letzterer auch als Boden bezeichnet - war die Natur scheinbar unbegrenzt verfügbar. Kapital und Arbeitskraft hingegen waren knapp. Also besteuerte man Arbeitskraft und Kapital. Das war ökonomisch angemessen. Doch längst haben sich die Relationen verschoben. Heute ist die Natur die limitierende Ressource unseres Wirtschaftens: Landfläche, Wasser, Luft, Rohstoffe - alles ist knapp. Arbeitskraft und Kapital hingegen sind ausreichend vorhanden. Das Steuersystem jedoch - historisch gewachsen und unendlich träge - ignoriert den Wandel bisher. Der Staat besteuert noch heute vor allem die Arbeit, als wolle er sie eindämmen. Und er belässt den Umweltverbrauch billig, als habe er noch eine zweite Erde in der Hinterhand. Ein mageres Zehntel der gesamten Steuereinnahmen stammt aktuell aus Umweltsteuern. Das ist kaum mehr als Symbolik. Bei Millionen von Arbeitslosen einerseits und dramatisch zunehmenden Umweltschäden andererseits widerspricht solche Steuersystematik jeder ökonomischen Logik. In der Sprache der Volkswirtschaft: Der Staat provoziert eine unglaubliche Fehlallokation von Ressourcen. Nach der Bundestagswahl werden in jedem Fall Steuererhöhungen nötig sein, auch das ist nicht mehr als eine Frage der Logik. Wenn die kommende Regierung klug ist, holt sie sich das Geld über Umweltsteuern herein: über eine CO₂-Steuer, eine Steuer auf atomare Brennelemente und eine auf Flächenverbrauch. Wenn sie unklug ist, erhöht sie andere Steuern. <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/umwelt-unter-preis-versteuert/>

Steuer begünstigt Einweg

[Umwelt aktuell, Berlin, Mai 2009] Die Deutsche Umwelthilfe (DHU) hat Ende März die Beendigung der steuerlichen Benachteiligung für umweltschonende Verpackungen gefordert. Firmen, die Essen auf Rädern in Mehrwegverpackungen liefern, müssen 19 Prozent Mehrwertsteuer entrichten, bei Wegwerfverpackungen seien nur sieben Prozent fällig. Diese „absurde Bevorzugung der Wegwerfbranche“ ergibt sich laut DHU aus

einem Schreiben der Bundesfinanzministeriums an die Länder von Oktober 2008. Bisher hatten die Länderbehörden auch für Mehrwegverpackungen die ermäßigte Steuer verlangt. Neuerdings werde das Abholen und Säubern aber als Dienstleistung gewertet, für die der höhere Regelsteuersatz gelte. „Die Entscheidung des Finanzministeriums steht in klarem Widerspruch zur Zielsetzung der europäischen und der deutschen Abfallpolitik, Abfälle wo immer möglich zu vermeiden“, kritisierte die DHU. Der ohnehin geringe Anteil der Mahlzeiten auf Mehrwegbasis werde weiter sinken.

<http://www.oekom.de/zeitschriften/umwelt-aktuell/archiv.html>

Frankfurt bietet „Umsattelprämie“ an

[Florian Rötzer, *Telepolis enews*, Haar, 30.06.2009] Nach Mannheim ist es die zweite Stadt, die anstatt der Abwrackprämie für Autos einen zumindest bescheidenen Umweltbeitrag leistet. Bescheiden geht es zu in Frankfurt am Main, aber immerhin hat sich die Stadt entschlossen, dem Beispiel von Mannheim zu folgen und anstatt einer Abwrackprämie für Autos, die gerne als angebliche Umweltprämie verkauft wird, eine Umsattelprämie von 50 Euro anzubieten – für 200 alte Fahrräder, wenn von einem Frankfurter Bürger in einem Frankfurter Geschäft ein neues stadtaugliches Fahrrad dafür gekauft wird (Mountainbikes, Rennräder und Kinderräder sind ausgeschlossen). Die abgegebenen Fahrräder, die noch fahrbereit und funktionsfähig sein müssen, werden nicht verschrottet, sondern hergerichtet. Und irgendwie klingt alles ein wenig schwierig und ungewiss: „Zum Abwracken muss neben dem alten Fahrrad auch der Personalausweis mitgebracht werden. Zwischen dem 30. Juni und dem 11. Juli dieses Jahres musste dann ein neues Stadtrad bei einem Frankfurter Fahrrad-Fachbetrieb gekauft werden. Vom 8. bis 11. Juli konnten die alten Drahtesel abgewrackt werden. Dazu mussten neben einem aussagekräftigen Kaufbeleg des neuen Fahrrads der alte Drahtesel auf dem Rathenau-platz/Ecke Biebergass mitgebracht werden.“ Rechtsanspruch auf die Prämie gibt es keinen. Der Verkehrsclub Deutschland findet trotzdem die Entscheidung gut, weil er die Idee einer Fahrrad-Umweltprämie angestoßen hat: „Im Februar hatte der ökologisch orientierte Verkehrsclub einen On-

line-Protest gegen die Abwrackprämie für Pkw gestartet und dazu aufgerufen, beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) einen Antrag auf Gewährung einer echten Umweltprämie für ein neues Fahrrad sowie für Bus- und Bahntickets zu stellen. Inzwischen sind diesem Aufruf 10.600 Menschen gefolgt.“ Das ist nicht sonderlich viel, wenn man sich das Gedrängel der Abwrackprämie für Autos anschaut. „Die Bundesregierung liegt mit ihrer auf die Autoindustrie fixierten Konjunkturpolitik völlig daneben und beweist nur ihr veraltetes, rückständiges Denken“, heißt es beim VCD. Statt Autos müssten von der Regierung umweltfreundlichere Verkehrsmittel wie Bus, Bahn und Rad in den Vordergrund gerückt und auf keinen Fall dürfe es „aufgrund knapper Kassen in Zeiten der Wirtschaftskrise zu Einsparungen im Öffentlichen Verkehr kommen. Der Klimawandel schreitet ungebremst voran.“

<http://www.heise.de/tp/blogs/2/141331>

5. ÖFR INTERNATIONAL

„Klimaschutzinstrument wird zum Klimakiller“

[Barbara Mauersberg, *Allianz-pro-Schiene e. V.*, Berlin, 02.07.2009] Im Verkehrssektor könnte die EU-Neuregelung des Emissionshandels ab 2013 dramatische negative Konsequenzen für die europäischen CO₂-Ziele haben. Nach Ansicht der Allianz pro Schiene und mehrerer Umweltverbände droht ein widersinniges Szenario: Weil die neue EU-Richtlinie die herrschenden Abgaben-Nachteile des Schienenverkehrs noch vergrößert, sind massive Verkehrsverlagerungen von der umweltfreundlichen Schiene auf Straße und Flugzeug vorprogrammiert. Der **elektrische Schienenverkehr muss von 2013 an seine Emissionsrechte zu 100 Prozent** ersteigern. Der Straßenverkehr, der in Deutschland 85 Prozent aller CO₂-Emissionen des gesamten Verkehrs verursacht, bleibt weiterhin völlig vom Emissionshandel befreit. Den Flugverkehr bindet die neue **EU-Richtlinie** zwar ab 2013 erstmals in den CO₂-Emissionshandel ein, entlastet ihn aber zugleich wieder: **Nur 15 Prozent** der Emissionen müssen tatsächlich bezahlt, **85 Prozent**

der Verschmutzungskosten erlassen werden. Das Flugzeug ist der Verkehrsträger mit den schlechtesten Pro-Kopf-Emissionen. Nach Ansicht von Hans-Gerd Marian, Bundesgeschäftsführer der NaturFreunde Deutschlands, ist das „eine absurde Vorstellung. Ausgerechnet mit Regelungen zum Klimaschutz wird der umweltfreundliche Verkehrsträger Eisenbahn gegenüber dem Flugverkehr weiter benachteiligt. Es wird endlich Zeit, umzusteuern und die Schiene steuerlich zu entlasten und den Flugverkehr stärker zu belasten.“ Richard Mergner, verkehrspolitischer Sprecher des BUND, wirft der EU Halbherzigkeit vor: „Trotz der alarmierenden Zahlen wird die Klimawirkung des Flugverkehrs bis heute unterschätzt. Das EU-Parlament hat zwar beschlossen, den Luftverkehr in den EU-Emissionshandel einzubeziehen. Allerdings sind die Vorgaben viel zu lasch.“ In einer neuen Studie des Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) werden die voraussehbaren Wettbewerbsverzerrungen anhand verschiedener Szenarien erstmals konkret beziffert. Durch ungleichen Emissionshandel ausgelöste Verkehrsverlagerungen führen danach zu einem Anstieg des CO₂-Ausstoßes um rund 800.000 Tonnen im Jahr. In Deutschland verlöre der Schienenpersonenverkehr rund 2,5 Millionen Kunden jährlich. Bei Gleichbehandlung aller Verkehrsträger könnte er über 30 Millionen Kunden gewinnen. Für NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller ist die jahrelange Ungleichbehandlung der Schiene zum Luftverkehr ein klimapolitischer Skandal: „Das Wachstum am Himmel erfolgte auf den Schultern der Umwelt und aller Bürger, die Lärm- und Abgaskosten über den Steuerumweg doch noch bezahlen müssen.“ Auf welch tönernen Füßen insbesondere die Billigflieger wirtschaften, werde sich zeigen, wenn mit dem Emissionshandel ein erster, notwendiger Schritt zur Beendigung der Subventionierung getan wird. Auch für Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelt Hilfe (DUH) kann die Einbindung des Flugverkehrs in den Emissionshandel „nur ein erster Schritt sein. Um den Anforderungen des Klimaschutzes auch im Verkehrssektor endlich nachzukommen, ist die Offenlegung der externen Kosten aller Verkehrsträger überfällig.“ Michael Gehrmann, VCD-Bundesvorsitzender: „Es ist inakzeptabel, dass ausgerechnet das klimaschädlichste Verkehrsmittel die größten steuerlichen

Vergünstigungen erhält. Die klimaschädlichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern müssen endlich beendet werden. Dazu gehört, dass die Zertifikate für den Flugverkehr vollständig versteigert werden müssen.“ <http://www.allianz-pro-schiene.de/deutsch/Umweltverbaende-Emissionshandel-schadet-Eisenbahn.html>

Schweden-Anweisung für Vattenfall: Weniger Kohle!

[CO₂-Handel-de, Tübingen, 10.06.2009] Die deutschen Kritiker an den Kohlekraftwerken des Vattenfalls-Konzerns haben gewichtigen Zuwachs aus dem Ausland bekommen: Schwedens Wirtschaftsministerin Maud Olofsson will das heimische Staatsunternehmen mit neuen Regierungsanweisungen auf einen klaren Kurs Richtung erneuerbare Energien zwingen.

Die schwedische Wirtschaftsminister Maud Olofsson sei zwar positiv, dass Vattenfall versuche, die schädlichen CO₂-Emissionen durch neue Technik effektiv zu neutralisieren, meinte sie am Mittwoch in der Zeitung „Dagens Nyheter“. „Das kann aber nicht das enorme Interesse des Unternehmens an Kohlekraft legitimieren“, sagte Olofsson. Zuvor hatte auch Umweltminister Andreas Carlgren angeprangert, dass Schwedens größtes Staatsunternehmen bei seinen Auslandstöchtern in Deutschland, Polen, Dänemark und demnächst auch den Niederlanden massiv auf Kohle setzt. „Es kann nicht angehen, dass man sich vor allem anderen auf fossile Energie einrichtet“, sagte Carlgren und verlangte von Vattenfall, „deutlicher als bisher“ in Richtung erneuerbare Energie zu agieren. In Schweden selbst setzt Vattenfall auf Atom-, Wasser- und neuerdings auch Windkraft.

In Deutschland betreibt das Unternehmen als einer der führenden Stromerzeuger fünf Kohlekraftwerke. In Hamburg-Moorburg baut der Konzern ein lange heftig umstrittenes Steinkohlekraftwerk. Auf Pläne für ein neues Kohlekraftwerk in Berlin hat Vattenfall nach jahrelangem Streit verzichtet und will nun stattdessen zwei Biomassekraftwerke bauen.

Die schwedischen Minister reagierten mit ihren Äußerungen auf einen Bericht von „Dagens Nyheter“, wonach Vattenfalls öffentlich propagiertes Streben nach „klimaneutraler“ Stromerzeugung

bis 2050 ein „Umweltbluff“ sei. In Wirklichkeit gebe das Unternehmen lediglich 28 Prozent seiner Investitionen zwischen 2009 und 2013 für erneuerbare Energien aus. Der Löwenanteil der veranschlagten 54,3 Milliarden Kronen (5,04 Mrd Euro) werde in die Erneuerung und den Ausbau von Atom- und Kohlekraftanlagen gesteckt.

Aus der Vattenfall-Zentrale in Stockholm wurde die Zahl bestätigt, aber als Ausdruck für das hohe Gewicht von Umweltinvestitionen gewertet. In Ländern wie Deutschland, Polen und Dänemark könne man den Energiebedarf jedoch nicht ohne fossile Energieträger decken. Man unternehme alle erdenklichen Anstrengungen zur Entwicklung möglichst umweltfreundlicher Technologien.

Wirtschaftsministerin Olofsson will als Vertreterin des Alleineigners von der Vattenfall-Spitze per ausdrücklicher Dienstanweisung auch einen „besseren Schutz des Warennamens“ verlangen. Das muss Konzernchef Lars G. Josefsson wehtun, der sich in Interviews und auf Kongressen häufig als Vorkämpfer für weniger CO₂-Emissionen präsentiert. Es schien aber auch in Stockholmer Regierungsbüro vorgedrungen zu sein, wie massiv Vattenfall in Deutschland unter anderem durch die Pannen in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel negative Schlagzeilen gemacht hatte.

Kurz vor einem Treffen von Spitzenmanagern in Kopenhagen zum Klimaschutz gab es jetzt auch noch einen unerwünschten Preis: Mehrere Umweltorganisationen „ehrten“ Vattenfall mit dem „Klima-Grünwäscher-Preis 2009“ („Climate Greenwash Awards 2009“) für „meisterhafte Verdrehungen beim Klimaschutz“: „Das Unternehmen stellt sich selbst als Klima-Champion dar, während es in Wirklichkeit auf Kohle, Atomkraft und Pseudolösungen wie Biobrennstoffe und unterirdischer CO₂-Lagerung (CCS) setzt.“

http://www.co2-handel.de/article340_11806.html

Agrarpolitik: Minister und Bundestagsabgeordnete profitieren von EU-Milliarden

[Spiegel-Online, 20.06.2009] Es geht um Zehntausende Euro aus dem gigantischen EU-Fördermittel-Topf für europäische Bauern. Auch deutsche Minister und Bundestagsabgeordnete gehören nach SPIEGEL-Informationen zu den

Profiteuren von Agrarsubventionen.

Mindestens fünf CDU/CSU-Politiker aus dem Agrarausschuss des Bundestages erhielten 2008 stattliche Beträge aus Brüssel. Spitzenreiter ist Bernhard Schulte-Drüggelte, Landwirt aus dem sauerländischen Mönhese, der 59.087 Euro kassierte.

Es folgen Peter Jahr (44.220 Euro), Johannes Röring (38.539 Euro), Hubert Deittert (16.667 Euro) und Franz-Josef Holzenkamp (15.090 Euro). Das geht aus der amtlichen Liste der EU-Beihilfeempfänger hervor.

Auch Subventionskritiker der Opposition wurden bedacht, darunter der FDP-Abgeordnete und Wirtschaftsexperte Paul Friedhoff (11.492 Euro) oder der gerade erst aus dem Europaparlament ausgeschiedene Grüne Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (24.900 Euro).

Bislang weigert sich nur der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), die Namen der Empfänger für sein Bundesland bekannt zu machen. Nach Angaben des bayerischen Landwirtschaftsministerium erhielten im vergangenen Jahr 120.000 bayerische Landwirte insgesamt 1,3 Milliarden Euro. Unter den Begünstigten sind auch prominente bayerische Politiker wie der CSU-Landtagsabgeordnete Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, der geschätzte 90.000 Euro EU-Subventionen bekommen haben soll.

Sein Fraktionskollege, der CSU-Agrarexperte Albert Füracker, bringt es nach eigenen Angaben auf etwa 43.000 Euro jährlich. Seehofers Agrarminister, der Landwirt Helmut Brunner, kassiert nach Angaben seines Ministeriums etwa 10.000 Euro. Die höchsten Beträge hingegen gehen an große Betriebe wie Thurn und Taxis (jährlich geschätzte 400.000 Euro).

Wegen der Blockade aus Bayern wird die EU in dieser Woche ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleiten. „Wir können nicht akzeptieren, dass Deutschland gegen die EU-Transparenzregeln verstößt“, sagt ein Sprecher von Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel. Die Bundesregierung will eventuelle Strafzahlungen mit den Subventionen für bayerische Bauern verrechnen.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,631551,00.html>

6. ATOMENERGIE

Atomkraftwerke - So sicher wie die Rente!

[Dagmar Dehmer, ZEIT, Hamburg, 06.07.2009]

Die deutschen Atomkraftwerke sind in etwa so sicher wie die Rente. So wie der frühere Sozialminister Norbert Blüm unentwegt versicherte, die Rente sei sicher, so sprechen die deutschen Betreiber gerne von den „sichersten Kernkraftwerken der Welt“. Im Atomkraftwerk Krümmel kann die interessierte Öffentlichkeit seit fast genau zwei Jahren beobachten, wie schwer es ist, auch nur den konventionellen Stromkreislauf in den Griff zu bekommen. Ganz zu schweigen von der radioaktiven Kettenreaktion.

Trotzdem wollen die Betreiber und die CDU eine Laufzeitverlängerung für die alternden Anlagen durchsetzen. Obwohl damit keines der drei zur Begründung genannten Probleme gelöst wäre: Preis, Klima, Versorgungssicherheit. Das Öko-Institut hat nachgewiesen, dass es zwischen den Kosten für die Stromerzeugung und dem Preis, der sich an den Strombörsen bildet, keinen Zusammenhang gibt.

Der Preis für die Verbraucher orientiert sich vielmehr an dem Kraftwerk, das angeworfen wird, um Spannungsschwankungen im Stromnetz auszugleichen. Und dieses Kraftwerk erzeugt, weil es nicht ständig läuft, den teuersten Strom. Den Gewinn aus dieser Preisbildung haben die Betreiber, die mit einem abgeschriebenen Atomkraftwerk rund eine Million Euro am Tag einstreichen.

Um das Klima zu schützen, muss die Energieversorgung mittel- bis langfristig komplett auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das sagen selbst die AKW-Betreiber. Doch je mehr Strom aus Wind oder Sonne ins Stromnetz gespeist wird, desto flexibler müssen Kraftwerke eingesetzt werden, um die Stromversorgung zu sichern.

Ein AKW kann nicht flexibel gesteuert werden. Es kann nicht mit voller Kapazität laufen, wenn gerade kein Wind weht, und runtergeregelt werden, wenn viel Windstrom ins Netz fließt. Damit werden Atomkraftwerke zu einer technischen Bremse. Und was die Versorgungssicherheit angeht: 2007 standen 45 Prozent der AKW-Kapazitäten still, entweder weil sie reparaturbe-

dürftig waren oder weil die Betreiber ihre Reststrommengen sparen wollten, um ihre Meiler nicht vor der Bundestagswahl vom Netz nehmen zu müssen. Die Lichter sind nicht ausgegangen.

<http://www.zeit.de/online/2009/28/die-lichter-gehen-nicht-aus>

Strahlende Zukunft für Atomstromer

[Jörg Michel, Jakob Schlandt, Berliner Zeitung, Berlin, 04.07.2009]

Die deutschen Atomstromkonzerne könnten durch eine Laufzeitverlängerung für ihre Kernkraftwerke dreistellige Milliardengewinne erwirtschaften. Einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zufolge, die der Berliner Zeitung vorliegt, würden Eon, RWE und EnBW Zusatz Erlöse von über 200 Milliarden Euro erzielen, falls die AKW 25 Jahre länger laufen dürfen und die Strompreise steigen.

Ein Wahlsieg von Union und FDP bei der Bundestagswahl im September, so die LBBW-Experten, würde die Aktienkurse der Energieriesen in die Höhe treiben, da die Börse die Zusatzgewinne noch nicht berücksichtigt. 2001 vereinbarten Industrie und rot-grüne Regierung, bis etwa 2022 alle AKW stillzulegen. **Sollte es nach der Bundestagswahl zu einer schwarz-gelben Koalition kommen, gilt eine Laufzeitverlängerung für die 17 deutschen Meiler um mindestens acht Jahre als wahrscheinlich.** Eine Verlängerung um 25 Jahre wird derzeit noch von keiner politischen Kraft öffentlich gefordert.

Insbesondere der baden-württembergische Konzern EnBW würde von längeren Laufzeiten profitieren. Bei Zusatzgewinnen von maximal 45 Milliarden Euro würde sich der Wert des Unternehmens mehr als verdoppeln. RWE würde bei optimistischster Annahme 61 Milliarden Euro kassieren, das Kurspotenzial läge bei 53 Prozent. Eon darf mit maximal 95 Milliarden Euro rechnen, das Kursplus wird bei 45 Prozent angesetzt. Im einem konservativen Szenario gehen die Autoren davon aus, dass die Laufzeiten um zehn Jahre verlängert werden und der Strompreis niedrig bleibt. In diesem Fall beliefen sich die Zusatzgewinne auf insgesamt 38 Milliarden Euro.

Die LBBW-Autoren halten den Weiterbetrieb der AKW für sinnvoll: Mit Atomkraft seien die Klimaschutzziele leichter zu erreichen. Zudem könne der Staat einen Teil der Zusatzgewinne abschöp-

fen. Die Atomindustrie hatte sich dazu im Fall einer Laufzeitverlängerung zuletzt bereit erklärt.

Bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hieß es, mit der LBBW-Studie liege nun von einer politisch neutralen Institution eine Berechnung vor, die die Gewinnpotenziale beziffere. Die enormen Summen zeigten, warum der Atomindustrie Imageverlust und Risiken für die Umwelt egal seien, sagte Gerd Rosenkranz von der DUH. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte dieser Zeitung, längere Laufzeiten bedeuteten pro Atomkraftwerk einen Zusatzgewinn von einer Million Euro pro Tag. Gleichzeitig weigerten sich die Unternehmen, sich an den Milliardenkosten zur Sanierung der maroden Endlager Morsleben und Asse zu beteiligen. Diese Kosten würden nun dem Steuerzahler aufgebürdet.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0704/seite1/0062/>

homepage der LBBW: <http://www.lbbw.de/>

50 Jahre Atomforum – ein halbes Jahrhundert Lug und Trug

[BMU Pressestelle, Berlin, 01.07.2009] Zum 50jährigen Bestehen des Deutschen Atomforums erklärt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel:

„50 Jahre Atomforum – das bedeutet ein halbes Jahrhundert Lug und Trug. Die Propagandazentrale der Atomkonzerne steht wie kaum eine andere Institution für das bewußte Verschweigen, Verdrängen und Verharmlosen der Gefahren, die mit der kommerziellen Nutzung der Atomenergie verbunden sind. Der vor mehr als 10 Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel in der Energiepolitik, der Ausstieg aus der risikoreichen Atomenergienutzung, der Aufbruch in eine zukunftsfähige Energieversorgung ohne Öl und Atom – all das ist an den Propagandisten des Atomforums nahezu spurlos vorbeigegangen.“

Die tröstliche Nachricht ist: Es hat trotz allem nichts geholfen. Das Atomforum verkörpert auch die Geschichte eines großen Scheiterns: Es hat in den 50 Jahren seiner sinnlosen Existenz keinen Propagandatrick und erst recht keine Kosten gescheut, den Deutschen die Atomkraft schmackhaft zu machen – und ist doch genau daran gescheitert.

Atomkraft, das belegen alle seriösen Umfragen, ist bei der Mehrheit der Bevölkerung unbeliebt – heute genauso wie vor 30 Jahren.

Lebewesen, die längst vergangene Epochen und Zeitenwenden überdauert haben, werden in der Biologie als „lebende Fossile“ bezeichnet. Das Deutsche Atomforum ist das lebende Fossil aus der Atomsteinzeit. Die Dinosauriertechnologie Atomkraft steht nicht vor einer Wiedergeburt, wie manche glauben machen wollen, sondern vor ihrem Ende. Und mit dem absehbaren Abschalten des letzten Atomkraftwerks in Deutschland wird auch das Deutsche Atomforum dort landen, wo es hingehört: auf den Misthaufen der Geschichte.“

http://twitter.com/BMU_Presse

Angesichts der weiter massiven Subventionierung der Atomenergie (keine Besteuerung der atomaren Brennstoffe, milliarden schwere leistungslose Mitnahmegewinne durch den Emissionshandel, staatliche Haftungsbegrenzung, keine angemessene Mitfinanzierung der Altlastenkosten im Falle des Atomlagers Asse) hat sich das FÖS entschieden, auch auf den nachfolgenden Aufruf aufmerksam zu machen:

*Machen wir den Weg frei
– Atomkraft abwählen*



Bei der **Bundestagswahl am 27.09.2009** wird ein Bundestag für vier Jahre gewählt – und über Jahrtausende entschieden: Werden in den nächsten vier Jahren – wie im Atomgesetz vorgesehen – sieben Atomkraftwerke vom Netz genommen? Oder setzen sich die Stromkonzernen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall durch, die nur die 300 Millionen Euro im Auge haben, die sie jährlich pro Atomkraftwerk verdienen möchten?

Wir haben die Wahl zwischen Sicherheit und Profit.

Wer hat Vorfahrt im Stromnetz? Die erneuerbaren Energien oder die Atomkraft? Längere Laufzeiten für die AKW verstopfen das Stromnetz und gefährden den Ausbau der Erneuerbaren.

Wir haben die Wahl zwischen Zukunft und Vergangenheit.

Sollen wir mit der ständigen Gefahr eines schwerwiegenden Unfalls leben? Eine Gefahr, die wächst, wenn ausgerechnet die ältesten und gefährlichsten AKW länger am Netz bleiben und eine Energiewende blockieren.

Wir haben die Wahl zwischen Sicherheit und erhöhtem Risiko.

Soll der Atommüllberg weiter wachsen? Oder beginnt Deutschland endlich damit, das Problem hoch radioaktiven Mülls zu lösen, statt es vor sich auf zu türmen.

Wir haben die Wahl zwischen Gemeinwohl und den Interessen der Energiekonzerne.

Machen wir am 27. September den Weg frei für eine zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik. Wählen wir die Atomkraft ab.

Ich bin dabei! Ich wähle nur solche Parteien, die gegen längere Laufzeiten von Atomkraftwerken sind.

<http://www.bund.net/?id=3822>

7. KLIMASCHUTZ

"Es geht um die Zukunft der Menschheit"

[Interview mit Vattenfall-Chef Lars Göran Josefsson und dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer, Süddeutsche Zeitung, 26.06.2009]
SZ: Herr Josefsson, Herr Töpfer, im Kampf gegen den Klimawandel fordern Wissenschaftler eine Kehrtwende: 90 Prozent weniger Emissionen in den Industriestaaten bis 2050. Ist das machbar?

Josefsson: Ja. Das ist machbar.

Töpfer: Diese Reduktion ist zwingend für die Beherrschung des Klimawandels. Das wird auch so kommen.

SZ: Was müsste denn geschehen?

Josefsson: Erstens brauchen wir eine Obergrenze der Emissionen. Sonst wird es nicht gelingen, da müssen wir durch. Nur so wird der Ausstoß von

Treibhausgasen einen Preis bekommen. Das muss aber, zweitens, global gelten. Wenn es in vielen Ländern auch künftig keine Kosten für Kohlendioxid gibt, dann werden sich Teile der Industrie aus Nordamerika und Europa in diese Länder bewegen.

Töpfer: Bei der Abwanderung bin ich anderer Meinung. Vor Jahren gab es die Angst, dass Lohnkostenunterschiede zu massenhafter Verlagerung von Jobs führen. Und was passierte? Probleme hatten vor allem die, die so schnell verlagerten. Kohlendioxidsparende Techniken schaffen Arbeitsplätze in Deutschland.

SZ: Die Wirtschaft hat lange gebraucht, um eine Chance im Klimawandel zu entdecken.

Josefsson: Historisch hat die Wirtschaft häufig nur reagiert. Es wurde gehandelt, nachdem die Politik entschieden hatte; und wenn die politischen Entscheidungen nicht passten, wurde dagegen opponiert. Aber die Wirtschaft hat auch eine Mitverantwortung zur konkreten Gestaltung.
SZ: Herr Töpfer, wie viel darf die Wirtschaft, wie viel muss der Staat regeln?

Töpfer: Die Krise, in die die Weltwirtschaft hineingetrieben wurde, ist ein Offenbarungseid der Kurzfristigkeit. Wirtschaftliche Entscheidungen orientierten sich an kurzfristigen Ergebnissen - an den Quartalsergebnissen, an der Verkürzung der „Lebenszeiten“ von Produkten, und vieles mehr. Gleichzeitig wurde an diese kurzfristigen Ergebnisse die Vergütung, das Bonussystem geknüpft. Kein Wunder, dass soziale und ökologische Kosten immer radikaler in die Zukunft verschoben wurden. Kohlendioxid erhält nur einen Preis, wenn der Staat klare Grenzen für Emissionen setzt. Dann kann und soll der Markt wirken.

SZ: Die Europäer haben sich dafür den Emissionshandel ausgedacht. Der deckelt die Emissionen der Industrie.

Josefsson: Ja. Das ist der entscheidende Punkt, der erreicht werden muss. Wir müssen die Marktkräfte engagieren für diese Lösung. Sonst schaffen wir es nicht. Wohin wir uns bewegen müssen, ist auch klar. Der Kern des Problems, auch in der Gesellschaft, liegt jetzt in der Frage: Wie sollen wir das managen?

SZ: Und, wie sollen wir?

Josefsson: Ich glaube, es ist eine Frage von Prioritäten einerseits und von Führung andererseits.

Hier wird politisches, aber auch wirtschaftliches Leadership gefragt sein. Wir brauchen ein Ziel, etwa die „One-ton-society“. In der würden die Menschen nur noch eine Tonne Kohlendioxid pro Kopf und Jahr verursachen. Das ist entweder eine Mahlzeit pro Tag oder es ist ein T-Shirt pro Tag, aber nicht ein T-Shirt und eine Mahlzeit pro Tag. Das ist keine kleine Korrektur, sondern ein kompletter Umbau der Gesellschaft.

SZ: Ist sie dazu in der Lage?

Josefsson: Es ist eine lange Zeitachse. Meine Empfindung ist, dass wir Menschen nicht gut geeignet sind, in Zeitachsen zu denken. Wir wollen immer alles morgen haben, oder es ist uninteressant.

SZ: Liegt es am Menschen oder vielleicht eher am System?

Josefsson: Ich glaube, am Menschen. Das ist in unseren Genen. Ein Beispiel: Wir haben als erster Stromerzeuger gesagt, wir wollen auf null Emissionen kommen, bis spätestens 2050. Das ist eine revolutionäre Aussage. Aber sofort bekommen wir Kritik: Warum wollen Sie so lange warten? Es ist sehr schwierig, das zu kommunizieren. Das Problem ist doch: Wenn wir das erreichen wollen in den nächsten 40 Jahren, müssen wir uns heute beeilen. Und dann müssen wir Vorgaben haben: In 2020 maximal so viel Kohlendioxid, 2030 so viel und so weiter. Dann können wir auch planen. Wenn wir verstehen, das ist die Aufgabenstellung, dann lassen wir die Kräfte los. Neues wird erforscht. Und natürlich, wenn Knappheit da ist, dann kommt auch ein Preis. Und mit einem Preis kommen die Anreize, dann kommen Gewinne, neue Firmen werden sich entwickeln.

SZ: Mit der Finanzkrise ist gerade ein großes Versprechen des Wohlstands geplatzt. Jetzt geben Sie auch so ein Versprechen. Woher soll das Vertrauen in die Wirtschaft kommen?

Josefsson: Das ist ein großes Problem. Dieses mangelnde Vertrauen behindert auch die Lösung. Wirtschaft hat das Know-how, dieses Problem zu lösen. Aber wenn Vertrauen fehlt, wenn alle denken, Wirtschaft handelt nur für sich, dann kommen wir nicht voran.

SZ: Ist das glaubwürdig, Herr Töpfer?

Töpfer: Glaubwürdigkeit ist insgesamt massiv verloren gegangen. Das gilt auch für die hohen

Fernziele, die Politik immer wieder setzt. Da habe ich größte Vorbehalte, solange sie nicht eng verbunden sind mit einem überprüfbaren Zeitplan, wie man dahin kommt. Gerade auf dem Gebiet der Energieversorgung ist ein langer Weg zu beschreiten. Aber er beginnt mit einem ersten Schritt, und der muss in die richtige Richtung gehen. Und Trippeln reicht auch nicht.

SZ: Und wohin sollen wir schreiten? Zur Kernkraft oder zum Ökostrom?

Töpfer: Das Problem fängt schon mit dieser Frage an. Energiepolitik wird immer nur von der Angebotsseite her gesehen. Wir diskutieren, ob wir Kernenergie oder Kohle oder Erneuerbare wollen. Immer wieder wird übersehen, dass wir viel zu viel Energie verbrauchen. Die Nachfrageseite des Energiemarkts, die Effizienz der Energieverwendung kommt entscheidend zu kurz. Warum kann nicht Vattenfall damit Geld verdienen, dass weniger Strom verkauft wird? Den Menschen geht es nicht um Kilowattstunden, sondern es geht Ihnen um Wärme, Licht, es geht um Energiedienstleistungen. Auch die Energieversorger müssen diese Chance nutzen.

SZ: Herr Töpfer, als Umweltminister wollten Sie eine „Zukunft ohne Kernkraft“ erfinden. Jetzt wird Kernkraft plötzlich als Rezept gegen Klimawandel gelobt, und viele Länder wollen neue Reaktoren bauen. Ist Ihre Idee gescheitert?

Töpfer: Nein, ganz und gar nicht. Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer „Zukunft ohne Kernkraft“ sind bereits gegangen. Der steil ansteigende Marktanteil erneuerbarer Energien belegt dies. Wer wie ich acht Jahre zu dem Thema in der Welt tätig gewesen ist, wird zu dem Ergebnis kommen: Wir müssen diese Zukunft ohne Kernenergie schnellstens weiter durchsetzen, und zwar so, dass sie breit auch in den Entwicklungsländern ankommen kann.

SZ: Herr Josefsson, Sie treiben den Neubau von Kernkraftwerken voran.

Josefsson: Wir finden Kernkraft sinnvoll. Kernkraft stößt kein Kohlendioxid aus. Wir wissen auch, dass es einige Probleme gibt. Die Bauzeit ist sehr lang. Wir brauchen entsprechende Fachleute, Finanzen. Und natürlich gibt es eine sehr aufwendige Überwachung. Kernkraft ist kein Patentrezept. Aber sie ist Teil der Zukunft.

Töpfer: Ihre Aufzählung stimmt. Das ist ja genau

das Problem. Lange Entwicklungszeiten, hoher Kapitaleinsatz, komplexe Technologie, unabhängige Kontrolle. Hinzu kommen ungelöste Abfallfragen und das Proliferationsrisiko. Wo sind diese Voraussetzungen gegeben? Da komme ich nicht zu allzu vielen Ländern. Wenn wir die Kernenergie zu einem breiten Einsatz gegen den Klimawandel nutzen wollten, dann würde das nicht nur ein, zwei oder fünf neue Kernkraftwerke erforderlich machen. Da sprechen wir über einige tausend. Und dann sehen Sie sich den erforderlichen Kapitalbedarf an. Darüber hinaus wird ein solcher Ausbau die Entwicklung des Brennstoffkreislaufs unumgänglich erforderlich machen. Es wird Plutonium erzeugt. Dann müssen Sie die Frage beantworten, wie dies zu kontrollieren ist in einer Welt, in der das staatliche Machtmonopol immer geringere Bedeutung hat. Eine Zukunft ohne Kernkraft zu erfinden, ist heute zwingender denn je.

SZ: Herr Josefsson, alternativ forscht Vattenfall an Kohlekraftwerken, bei denen Sie Kohlendioxid abspalten und unterirdisch speichern wollen. Eine merkwürdige Vorstellung: Da gibt es einen Stoff, den man nicht in der Luft haben will, also pumpt man ihn in die Erde.

Josefsson: Es ist notwendig. Ohne das kriegen wir das Klimaproblem nicht gelöst, und nicht auf lange Sicht die Versorgungssicherheit. So einfach ist das.

SZ: Und ist es auch nachhaltig?

Josefsson: Ja. Technisch ist es gelöst, wirtschaftlich noch nicht. Wir stehen an einem ganz wichtigen Zeitpunkt. Jetzt müssen wir von Pilot- in Großanlagen übergehen. Das heißt, wir müssen jetzt investieren. Wir können gern darüber sprechen, ob jemand einen besseren Plan hat. Wir haben jedenfalls einen. Wir sind Teil des Klimaproblems; also leisten wir auch unseren Teil des Beitrags zur Lösung.

SZ: Großanlagen mit Kohle - als Alternative zu erneuerbaren Energien?

Josefsson: Nicht als Alternative, sondern als Ergänzung. Wir können es uns nicht leisten zu sagen, ich mag das, aber ich mag das nicht. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Wir müssen die Emissionen deckeln, und dann müssen wir alle einladen, nach der besten Lösung zu suchen. Das kann dezentral sein oder zentral, das kann Solarenergie

sein, das kann Geothermie sein, das kann aber auch diese Technologie sein.

Töpfer: Es ist eine alte deutsche Krankheit, dass man mit dem Hinweis auf das Beste von morgen das Gute von heute nicht tut und das Schlechte von gestern bleibt. Dieses Klimaproblem ist so zwingend, dass ein ganzes Maßnahmenbündel in sehr kurzer Zeit auf den Weg gebracht werden muss. Bei Kohle auch hohe Wirkungsgrade mit Kraft-Wärme-Kopplung. Viel stärker wird sich zudem die dezentrale Energieversorgung in Zukunft auch wirtschaftlich durchsetzen. Man kann nicht nur fragen, was am Ende der Energiewende zu einer nachhaltigen Energiepolitik als Ideal zu erreichen ist. Wenn Kohle weltweit weiter genutzt wird, müssen wir alles dransetzen, dass die damit verbundenen Umweltbelastungen vermindert, insbesondere Kohlendioxid vermieden wird.

SZ: Und der Rest wird vergraben?

Töpfer: Kohle wird weltweit, besonders in China und Indien, noch lange genutzt werden. Daher muss ein technologisch führendes Land wie Deutschland intensiv daran arbeiten, die entsprechenden massiven Kohlendioxid-Emissionen technisch zu verhindern und alternative Energien verfügbar zu machen. Aber: Kohlendioxid wie Abfall in die Erde zu verpressen, ist keine Lösung. Ich erwarte auch keinesfalls, dass wir sehr viel Kohlendioxid als Abfall speichern werden. Wir haben gelernt, wenn es für die Entsorgung von Abfall Geld gibt, werden auch Technologien entwickelt, diesen Abfall wirtschaftlich zu verwerten. Dies ist Kreislaufwirtschaft. Das gilt auch für Kohlendioxid. Mir selbst sind sechs, sieben Wissenschaftlergruppen bekannt, die darüber forschen, wie Kohlendioxid wiederverwertet werden kann.

SZ: Als Umweltminister haben Sie mehr vorgegeben. Zum Beispiel den Drei-Wege-Kat.

Töpfer: Das würde ich nicht noch mal machen. Heute würde ich mir von meinen Mitarbeitern sagen lassen, welche Emissionen der beste Katalysator hat. Die würde ich nochmals um 25 Prozent senken und sagen, in fünf Jahren ist dieser Wert Pflicht. Wie die Automobilindustrie das macht, das ist der Kreativität der Ingenieure vorbehalten.

<http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php>

Studenten gründen Initiative gegen den Klimawandel

[Synagieren, Leipzig, 23.03.2009] „Viele engagierte Teilnehmer aus ganz Deutschland kamen nach Würzburg, haben viel gelernt und die Welt ein kleines Stück besser gemacht“ – so lautet das Fazit von Sara Leonhardt. Sie ist eine von acht Studenten und Studierenden aus Würzburg, Leipzig und Stuttgart, die vom 19. bis 22. März 2009 das „Synagieren Workcamp“ an der Julius Maximilians Universität Würzburg ausgerichtet haben.

Die Zahl der globalen Probleme nimmt zu: Klimawandel, Artensterben, Finanzkrise. Mit dem Workcamp wollen die Initiatoren die Gesellschaft aufrütteln – aber im positiven Sinne: Nicht nur die Probleme, sondern vor allem die Lösungsmöglichkeiten wollen sie aufzeigen und dieses Wissen in der Öffentlichkeit verbreiten. „Gerade beim Klima- und Naturschutz ist ja schon längst bekannt, was wir tun müssen, um umzusteuern“, sagt Florian Menzel, einer der Organisatoren des Workcamps: „Und wenn wir dieses Wissen öffentlich machen, tut sich hoffentlich etwas – weil die Menschen selbst aktiv werden, sich politisch engagieren und die Lösungen umsetzen.“ So ändert sich das Verhalten des Einzelnen im Alltag! Der Name der Veranstaltung ist Programm, denn Synagieren steht für: Gemeinsam handeln, um zur Lösung globaler Probleme beizutragen. Nach diesem Prinzip haben die Synaganten, wie sich die Organisatoren selbst bezeichnen, am vergangenen Wochenende aus ganz Deutschland engagierte Menschen zusammengebracht, die in insgesamt fünf Arbeitsgruppen Konkretes bewirkt haben. Rund 70 Teilnehmer aus ganz Deutschland – Studenten und Berufstätige – haben an dem Workcamp teilgenommen und werden nun ihr frisch erworbenes Wissen um ökologische und umweltpolitische Zusammenhänge weiterverbreiten.

Dr. Anselm Görres, Geschäftsführender Gesellschafter der ZMM Zeitmanager München GmbH und Vorsitzender FÖS referierte im Workshop zum Thema „Wie aus der US-Immobilien-Krise eine globale Nachhaltigkeitskrise und ein ethisches Desaster wurde - und wie uns die sozial-ökologische Marktwirtschaft wieder hinaushelfen kann“.

www.synagieren.de

8. UMWELTPOLITIK

„Unfairen Einkauf stoppen!“

Ernst Ulrich von Weizsäckers Aussage: "Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen" hat sich zum FÖS-Leitspruch entwickelt. Er beschreibt unsere Motivation gegen umweltschädliche Subventionen und für Umweltsteuern. Aber auch der ruinöse Preiskampf der großen Supermarktketten führt dazu, dass ökologische und soziale Standards nicht beachtet werden und Preise nicht die Wahrheit sagen. Daher unterstützt das FÖS die Supermarkt-Initiative, einen Zusammenschluss von 19 Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass der Missbrauch von Einkaufsmacht aufgedeckt und begrenzt wird. Eine umfassende Untersuchung des Lebensmitteleinzelhandels durch das Kartellamt soll die Missstände ans Tageslicht bringen.

Zudem fordert die Initiative die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in der gesamten Lieferkette. Dabei geht es vor allem darum, strukturell etwas zu verändern, d.h. bessere Sozial- und Umweltstandards in der gesamten Lieferkette der Supermärkte durchzusetzen, in Deutschland, innerhalb der EU und in Produktionsländern.

Beim Wettkampf um die Gunst der Kunden und um Marktanteile spielt der Preis eine zentrale Rolle. Der eigentliche ruinöse Preiskampf findet aber auf der Einkaufsseite statt. Die Zeche bezahlen die Umwelt, Arbeiter/innen in der Produktion hierzulande sowie in Entwicklungsländern und Beschäftigte im Verkauf. Hungerlöhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Überstunden und zunehmend unsichere Arbeitsverhältnisse sind die Folge.

Die Supermarktinitiative fordert:

- die Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten
- faire Einkaufspraktiken
- Transparenz

Unterzeichnen Sie den Appell an Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro auf <http://www.unfairen-einkauf-stoppen.de>

Gabriel: Gesetz für innovative Stromnetze kann in Kraft treten

[Bundesministerium für Umwelt, Berlin, 12.06.2009] Bundesumweltminister Sigmar Gabriel begrüßt, dass das Energieleitungsausbaugesetz den Bundesrat heute passiert hat. Nun kann das Gesetz zügig in Kraft treten. „Damit ist ein wichtiger Schritt für die überfällige Modernisierung des deutschen Elektrizitätsnetzes getan. Wir schaffen die Bedingungen für zügigere Genehmigungen, ermöglichen in sensiblen Bereichen die von vielen Menschen geforderte Erdverkabelung und ebnen der innovativen Gleichstromtechnik den Weg. Außerdem machen wir den Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken attraktiver. Die Netzbetreiber haben damit erheblich verbesserte Rahmenbedingungen. Sie müssen jetzt für die dringend notwendigen und mehrfach zugesicherten Investitionen in die Netzinfrastruktur sorgen. Verkaufsverhandlungen und die Diskussion um eine deutsche Netz AG dürfen nicht als Vorwand für weitere Verzögerung missbraucht werden. Der Staat hat seine Hausaufgaben gemacht. Jetzt sind die Unternehmen am Zug“, so der Minister.

Das Gesetz sieht vor, dass auf vier Pilottrassen die neuen Höchstspannungsleitungen unterirdisch verlegt werden können. Die Netzbetreiber können die Mehrkosten für die Erdverkabelung auf die Strompreise umlegen. Auch im Hochspannungsbereich (110 kV) soll die Erdverkabelung ermöglicht werden, wenn Bau und Betrieb nicht mehr als das 1,6fache einer herkömmlichen Trassenführung kosten. Damit können Planung und Bau erheblich beschleunigt werden. Denn in vielen Regionen gibt es in der Bevölkerung massive Bedenken gegen den Bau neuer oberirdischer Stromleitungen. Das Stromnetz muss ausgebaut werden, um Offshore-Windanlagen in Norddeutschland, aber auch neue konventionelle Kraftwerke anzubinden. Die Investitionen sind außerdem erforderlich, um den europaweiten Stromhandel zu erleichtern und damit für sinkende Kosten für die Verbraucher zu sorgen.

Das Gesetz schafft außerdem erstmals die Voraussetzung für den Einsatz der neuartigen Höchstspannungs-Gleichstromübertragungstechnik (HGÜ) in Deutschland. Mit dieser Technologie kann Elektrizität ohne größere Übertragungsverluste über große Entfernungen transportiert wer-

den. Deutsche Unternehmen haben bereits im Ausland unter Beweis gestellt, dass HGÜ-Leitungen effizient und kostengünstig betrieben werden können.

Neue Speichieranlagen werden nach dem Gesetz für zehn Jahre von Netzentgelten befreit. Das gilt etwa für Pumpspeicherkraftwerke, die beispielsweise in Windkraftanlagen produzierten Strom in verbrauchsschwachen Zeiten aufnehmen und dann wieder abgeben, wenn der Strombedarf besonders groß ist. Durch die Neuregelung wird der Betrieb solcher Anlagen attraktiver - eine wichtige Voraussetzung für die noch bessere Integration der erneuerbaren Energien in das Elektrizitätsnetz.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/44327.php

9. LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN

Klima-Wahlzeitung

[FÖS, Berlin, 22.06.2009] Die Klima-Allianz, in der das FÖS Mitglied ist, hat eine eigene Homepage zur Bundestagswahl sowie eine Wahlkampfzeitung erstellt.

Auf der Homepage zur Bundestagswahl heißt es, dass derzeit Klimaschutz häufig als Kostenfaktor bezeichnet wird, den man sich in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht leisten kann. Dabei schafft Klimaschutz Arbeitsplätze und stärkt Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit: Die Nutzung von Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz senken die Abhängigkeit von Öl-, Kohle und Gasimporten, fördern technologische Innovationen und tragen zur Energiesicherheit bei. Daher gilt es, gerade WEGEN der Wirtschaftskrise, diese Potenziale im Klimasektor auszubauen.

Die Wahlkampfzeitung der Klima-Allianz bittet den Wähler, am 27. September zur Bundestagswahl zu gehen. Der Wähler selbst entscheidet, ob wir die Energiewende konsequent fortführen oder ob wir durch die Zurücknahme des Atomausstiegs und den Bau weiterer Kohlekraftwerke einen Rückschritt machen. Dabei geht es nicht nur um Klimaschutz, sondern um die Abhängigkeit von teuren Energieimporten, um Strompreise, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und zu-

kunftssichere Arbeitsplätze. Die Energiewende ist möglich, ohne dass in Deutschland eine Stromlücke entsteht. Der Wähler soll genau prüfen, wie sich die Parteien in Klima- und Energiefragen positionieren und für welche Option Ihre Kandidaten vor Ort eintreten.

Link zur Homepage:

<http://www.klimawahl2009.de/>

Link zur Wahlkampfzeitung:

<http://www.klimawahl2009.de/wp-content/uploads/Zeitung.pdf>

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte

[Wuppertaler Institut, Wuppertal, 2009] Klimawandel, Hungerkrise, Rohstoffknappheit und Naturzerstörung stehen auf der internationalen Tagesordnung. Dennoch geht in der Politik, in der Wirtschaft und im Alltag Vieles weiter wie bisher: Für Flughäfen werden neue Start- und Landebahnen geplant, neue Kohlekraftwerke sollen gebaut werden und Heizpilze sprießen aus dem Boden. Im Zweifelsfalle sind der Politik die Ankurbelung der Nachfrage und die Interessen der Autoindustrie wichtiger als der Klimaschutz. Und selbstverständlich sollen Lebensmittel, T-Shirt und Turnschuhe wenig kosten. Armut in Entwicklungsländern hin, Umweltverschmutzung in Schwellenländern her. Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Politik wird vielfach beschworen - und ungebrochen dem Wirtschaftswachstum Vorrang eingeräumt.

Der Klimawandel ruft nach nichts weniger als einem Zivilisationswandel. Das war die Ausgangslage für ein interdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Sachs. Es wurde im Sinne einer Zwischenbilanz gefragt, „ist Deutschland zukunftsfähiger geworden und wie haben sich die Bedingungen mit der Globalisierung verändert?“.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und „Brot für die Welt“ hatten die Studie in Auftrag gegeben und sind Herausgeber des Buchs: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*. Ein Anstoß zur gesellschaftli-

chen Debatte. Dieses Buch ist im Fischer Taschenbuch Verlag in Frankfurt am Main 2008 erschienen. (ISBN: 978-3-596-17892-6)

http://www.wupperinst.org/de/publikationen/entnd/index.html?beitrag_id=892&mzAdd=892&cType=2&pid=&searchart=

Kurzstudie zur Energieeffizienz und zu 'Weißen Zertifikaten'

[BMU, Berlin, Juni 2007] Nachfrageseitige Energieeffizienz und Energieeinsparung stehen sowohl im Kontext der nationalen als auch der internationalen Klimapolitik ganz oben auf der politischen Agenda. Ein Instrumentarium zu ihrer Förderung sind „Weiße-Zertifikate“-Systeme beziehungsweise Energieeinsparquoten mit handelbaren Energiesparzertifikaten. In einigen Ländern (Italien, Frankreich) wurde dieses Instrumentarium bereits eingeführt. Andere Länder und die EU-Kommission ziehen seinen Einsatz grundsätzlich in Erwägung.

In seiner Kurzstudie kommt das Institut für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) zu dem Ergebnis, dass erst eine sorgfältige Nutzen-Kosten-Analyse dieses Instruments Auskunft darüber geben kann, ob der damit verbundene tiefe Eingriff in die Energiesektoren und die unvermeidbar hohen Transaktionskosten durch den potenziellen Klimaschutzbeitrag aufgewogen werden. Das Fehlen eines „geborenen“ privaten Adressaten für eine Einsparverpflichtung als Grundlage eines Weißen Zertifikatesystems könnte zudem nahe legen, eine öffentliche Effizienzinstitution damit zu betrauen, die „vergessene Säule“ der Liberalisierung im Strom- und Gassektor nachträglich zu installieren.

Studie:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/weisse_zertifikate.pdf

Buchrezension

Wolfgang Köhler, Wirtschaftsjournalist und Finanzexperte, hat die Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzkrise kommen sehen. Er analysiert in seinem Buch „Crash 2009 – Die Neue Weltwirtschaftskrise“ den Verlauf der Krise und ihrer Ergebnisse. Detailliert und für jedermann verständlich beschreibt er, wie Deutschland von der Krise getroffen wird. Dabei schildert er die Ratlosigkeit

von Ökonomen, Notenbankern und Politikern, wie sie die Welt aus dieser Krise wieder herausführen können.

Wolfgang Köhler: Crash 2009. Die Neue Wirtschaftskrise. Wie es dazu kommen konnte und wie Sie jetzt Ihr Geld anlegen sollten. Mankau Verlag. Murnau am Staffelsee 2009. (ISBN 978-3-938396-31-5)

10. TERMINE

Jahreskonferenz Green Budget Europe

17.07.2009

Die Jahreskonferenz von Green Budget Europe findet dieses Jahr in London im Kings College statt und steht ganz unter den Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Ziel der Konferenz ist es, den politischen Entscheidungsträgern sowie der interessierten Öffentlichkeit innerhalb der EU deutlich zu machen, dass marktwirtschaftliche Umweltpolitik zu einer Lösung der Umwelt- und Finanzproblemen beitragen kann. Energie- und Ressourcenbesteuerung, Emissionshandel und die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen können Anreize schaffen, die Effizienz und Nachhaltigkeit unseres wirtschaftlichen Handelns zu erhöhen und dadurch unsere natürliche und künstliche Umwelt sowie die Ökosysteme zu verbessern. Die Ökologische Finanzreform könnte zum Beispiel dazu verwendet werden die Einkommen zu erhöhen oder die Rückzahlung von Haushaltsdefiziten zu finanzieren.

<http://www.foes.de/veranstaltungen/ankuendigung/en/london-17072009/>

11. FREIE STELLEN

Praktikanten für das FÖS gesucht

**Praktikant/in als Assistenz
der Geschäftsstelle**

**Praktikant/in als Teamassistenz
in unserer Geschäftsstelle**

Das FÖS sucht eine/n Praktikant/in als

- **Assistenz der Geschäftsstelle** für die Dauer von **sechs Monaten**. Arbeitsbeginn ist der **09. November 2009**. Das Praktikum soll mindestens sechs Monate dauern und wird mit **400 Euro** monatlich vergütet.
- **Teamassistenz in unserer Geschäftsstelle** für die Dauer von **drei Monaten**. Arbeitsbeginn ist der **12. Oktober 2009**.

Mögliche Aufgaben werden sein: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Veranstaltungs- und Büroorganisation. Das umfasst Tätigkeiten wie die Mitarbeit bei der Erstellung unserer deutsch- oder englischsprachigen Newsletters, Unterstützung bei der Vorbereitung von Konferenzen und Fachgesprächen sowie Zuarbeit beim Verfassen von Studien. Zu den weiteren Aufgabenbereichen gehört die Aktualisierung der Homepage, der Materialversand, die Mitgliederbetreuung, Internetrecherche oder die Pflege der Access-Datenbank.

Bevorzugt gesucht werden **Studierende der Fachrichtungen Wirtschafts-, Politik- und Umweltwissenschaften**. Erfahrung in der Anwendung einschlägiger Computer-Programme, Formulierungssicherheit im Deutschen und gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift, Organisationstalent und die Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten sind wichtige Kriterien für die Auswahl unserer PraktikantInnen.

Bewerbungen samt Lebenslauf, Foto und aussagefähiger Zeugnisse richten Sie bitte (gerne per E-mail) an die FÖS-Geschäftsstelle. **Ansprechpartner** für Rückfragen ist **Damian Ludewig** (Telefon: 030/510 530-80, e-mail: foes@foes.de)

Fachmann/ Fachfrau für Öffentlichkeitsarbeit mit Kenntnissen im Bereich Klimaschutz und Energie

Die Handwerkskammer Berlin führt zusammen mit der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK), dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Berlin und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ein Projekt unter dem Titel „Stadtvertrag Klimaschutz“ durch. Ziel des Stadtvertrags ist es, möglichst viele Berliner BürgerInnen, Unternehmen, Hausbesitzer sowie öffentliche und private Institutionen zu motivieren, konkrete Beiträge zur Energieeinsparung und zum Einsatz regenerativer Energien zu leisten. Zur Organisation und Umsetzung des Projektes suchen

wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Fachmann/ eine Fachfrau für Öffentlichkeitsarbeit mit Kenntnissen im Bereich Klimaschutz und Energie.

Diese Aufgaben erwarten Sie:

- Eigenverantwortliche Umsetzung des Projektes und Durchführung des Projektmanagements in Abstimmung mit den vier Projektpartnern
- Konzeption und Umsetzung von Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit des Projektes
- Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zu den Themen des Projektes
- Kontakte zu den Sponsor-Partnern
- Das erwarten wir von Ihnen:
- abgeschlossenes (Fachhochschul-) Studium im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit oder vergleichbare Ausbildung
- erwünscht wären Erfahrungen in der Umsetzung vergleichbarer Projekte
- Kenntnisse im Bereich Klimaschutz und Energie
- hohe Kommunikationsfähigkeit, Sozialkompetenz und Organisationstalent
- selbstständiger und engagierter sowie ziel- und ergebnisorientierter Arbeitsstil
- hohes analytisches Denkvermögen, ausgeprägtes Überzeugungsgeschick und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen
- Gute EDV-Kenntnisse

Unser Angebot:

Wir bieten Ihnen einen attraktiven Arbeitsplatz in einem interessanten, vielseitigen und verantwortungsvollen Umfeld sowie eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die Ihnen Freiraum für konzeptionelles Handeln bietet und eine hohe berufliche und persönliche Kompetenz fordert. Die Projektlaufzeit ist auf 24 Monate befristet. Die Vergütung richtet sich nach den für die Handwerkskammer Berlin maßgeblichen Tarifverträgen. Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Bitte senden Sie Ihre Bewerbung bis zum **15. Juli 2009** an:

Handwerkskammer Berlin
Abteilung Personal und Verwaltung
z.Hd. Herrn Hans-Walter Richter
Blücherstr. 68

10961 Berlin

E-Mail: hwrichter@hwk-berlin.de

ReferentIn für Fundraising

Mit rund 69.000 Mitgliedern, 15 Außenstellen und 250 örtlichen Gruppen ist der Landesverband des Naturschutzbundes NABU der große Umwelt- und Naturschutzverband in Baden-Württemberg. Für unsere Landesgeschäftsstelle in Stuttgart suchen wir zum 1.8.2009 einen Referenten für Fundraising (m/w), der durch die Umsetzung einer klaren Fundraisingstrategie die finanzielle Basis unserer Arbeit sichert und durch konzeptionelle Weiterentwicklung der Fundraisinginstrumente Wachstumschancen eröffnet.

Ihre Aufgaben

- Planung und Umsetzung sowie Weiterentwicklung der Fundraisinginstrumente, insbesondere der Mitglieder- und Spendenwerbung in Zusammenarbeit mit Agenturen und Untergliederungen.
- Sicherstellung einer guten Betreuung und Bindung sowie eines kontinuierlichen Spender-Upgradings von Interessenten, Mitgliedern und Förderern.
- Gestalten der Schnittstelle zwischen Fundraising und fachlicher Arbeit des NABU zur Stärkung von Ertrag und Marke NABU.

Wir bieten Ihnen:

ein sehr gutes Arbeitsklima sowie eigenständiges, verantwortungsvolles und abwechslungsreiches Arbeiten in einem interdisziplinären Team.

Das sind Sie:

Sie sind kommunikativ, kreativ, können gut mit Menschen umgehen und denken zielgruppenorientiert. Sie haben Spaß daran, Freiräume zur Gestaltung zu nutzen und Ihre Ideen und Konzepte um- und durchzusetzen. Sie verfügen über betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Erfahrungen im Fundraising und Interesse am Naturschutz. Ein Fachhochschul- oder Hochschulabschluss oder Aus- und Weiterbildung und einschlägige Berufserfahrung qualifizieren Sie für die Aufgaben. Bewerben Sie sich unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellungen bis zum **20. Juli 2009** beim NABU-Landesverband Baden-Württemberg, z. Hd. Uwe Prietzel, Tübinger Str. 15, 70178 Stuttgart,

NABU@NABU-BW.de